

Volksrecht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition (Klosterstraße 4/6, durch die Handlungen der „Volksrecht“, Neue Grapenstraße 5 und Friedrichstraße 105, Rathhausstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. Abonnementspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerpreis monatlich 1,25 Rmt. + 25 Pf. Trägerlohn: 2,10 Rmt. Durch die Post einzeln, Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werttätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21238
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 16 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Besuchs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 2 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Klosterstraße 4/6 oder in den Zweigstellen) abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Severing wieder preußischer Innenminister wichtig zurückgetreten - Sezefinski wird Polizeipräsident von Berlin

Am Mittwoch wird mitgeteilt: „Der Preussische Minister des Innern, Professor Dr. Waentig, hat dem Preussischen Ministerpräsidenten Herrn Sezefinski das Amt des Preussischen Innenministers angeboten und Staatsminister Dr. Waentig mit dem Ausdruck des Dankes für die dem Reichsregierung erbrachten wertvollen Dienste von seinen Ämtern zurückgetreten. Zum Nachfolger des scheidenden Innenministers hat der Preussische Ministerpräsident gemäß Artikel 45 der Preussischen Verfassung den Reichs- und Staatsminister des Innern a. D. Severing ernannt.“

Berlin, 22. Oktober. (Eigener Bericht.)

Der am Mittwoch zum Preussischen Innenminister ernannte Herr Severing wird sein Amt am Freitag an Professor Dr. Waentig, der am Montag von den Beamten des Ministeriums verabschiedet wird.

Köln, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt zur Ernennung von Severing zum preussischen Minister des Innern: „Wenn Herr Dr. Waentig Herrn Severing Platz macht, so wird jeder, der an Ordnung im größten Lande des Reiches gelegen ist, begrüßen können. Es hätte keinen Sinn, diesen Wechsel parteigegenständlich auszugestalten. Minister Severing ist der Gründer und Organisator der preussischen Polizei und seine Energie und nepotistische Unfähigkeit bürgt dafür, daß die Staatsautorität in der Provinz nicht gefährdet wird, falls der Radikalismus rechts und links bei seiner Agitation den Boden der Verfassung verlassen sollte. Hingegen kommt, daß der neue preussische Minister des Innern nicht über die Grenzen seiner Partei hinaus Achtung und Respekt genießt; daß selbst seine staatsmännische Fähigkeiten niemals abgeprochen werden.“

Innenminister Severing

Berlin, 22. Oktober. (Eig. Bericht.)

Als die Nationalsozialisten nach ihrem Wahlerfolg sich als die Herren von Deutschland fühlten, wollten sie ihre Forderungen für ihre Teilnahme an der Regierung auf. An der Spitze stand die Forderung: Besetzung des Preussischen Innenministeriums und des Berliner Polizeipräsidiums mit Nationalsozialisten. Mit einem solchen Blick, der sie sonst nicht auszeichnet, hatten sie erkannt, daß dies zwei der stärksten republikanischen Positionen in Preußen sind. Mit dem Preussischen Innenministerium und dem Berliner Polizeipräsidium in der Hand von Nationalsozialisten glaubten sie ihren Staatsstreich schon gewonnen.

Die Nationalsozialisten haben inzwischen ganz Deutschland erregt, was von ihnen zu erwarten ist. Sie fordern auch noch mit tönenden Phrasen, die Führer der Republik in Preußen aber handeln. Seit Mittwoch ist das Preussische Innenministerium wieder in der Hand von Karl Severing. Voraussetzungen für die Übernahme der Verwaltung sind durch das Berliner Polizeipräsidium mit Albert Sezefinski besetzt worden. Wenn die Nationalsozialisten ihre Freunde im Nationalismus von ganz links die Absicht haben, den Krisenminister zu offenen Angriffen auf die Verfassung und die Verfassung zu benutzen, so wissen sie nun, an den stärksten Positionen der Republik in Preußen Männer zu haben, die mit feiner Hand und sicherer Souveränität alle Versuche, die Verfassung zu durchbrechen, vereiteln werden. Das ist die beste Antwort, die auf alle Diktatur- und Staatsrechtsforderungen gegeben werden kann!

In Preußen herrscht Ordnung und bleibt die Verfassung - das sollen sich Staatsrechtslehrer und Nationalsozialisten gefallen lassen!

Die Nationalsozialisten und ihre Freunde auf der linken Seite haben die Bedeutung dieses Ministerwechsels sehr wohl erkannt! Ganz einheitlich reden sie davon, daß der Preussische Ministerpräsident an die Spitze des Innenministeriums einen „rechten Mann“ gesetzt habe. Jawohl, Severing ist ein harter Mann, freilich nicht in dem Sinne, wie es im politischen Lager gemeint wird. Dort steht man die Stärke eines Mannes nur durch die Anwendung der Gewalt, in der moralischen und politischen Unbedenklichkeit, die sich über die Grenzen der Gesetze hinaus erstreckt, hinweg. Nicht in diesem Sinne ist Severing die rechte Hand. Seine Stärke liegt in seinem republikanischen Charakter, in seiner unbedingten Achtung vor der Verfassung und vor den Gesetzen der demokratischen Republik. Seine Stärke ist moralischer und geistiger Natur - und das ist es, was die Angehörigen im Lager des Nationalismus an ihm auf das Höchste schätzen!

Die Nationalsozialisten nachfolgende beziehungsweise die Ernennung Severings zum Innenminister als „Rechtsreaktion“ zu betrachten. Die Leute, in deren Namen der radikale Nationalsozialismus schreit, haben den Nationalsozialismus nicht als eine durchgeführte und fertige Verfassung für die Provinz erkannt. Ihnen ist unannehmbar, weil die Verfassung die Verfassung der Provinz wolle. Eine Kampfbahn, eine Herausforderung? Nein, das ist diese Ernennung

nicht. Wohl aber eine ernste Mahnung der Führer der Republik in Preußen an alle jene, die es laut hinausgeschrien haben, daß sie die Republik, das Recht und die Gerechtigkeit verlassen wollen!

Die Ernennung Severings wird von allen Republikanern einmütig und stürmisch begrüßt. Karl Severing war es, der in unermüdlicher, sechs Jahre währendender Arbeit in Preußen das geschaffen hat, was die Feinde der Republik zähmstimmend das System Severing nennen. Er hat die preussische republikanische Schutzpolizei aufgebaut und zu einem zuverlässigen Instrument der republikanischen Regierung entwickelt, er hat Sorge dafür getragen, daß republikanische Männer republikanischen Geistes und republikanischer Gesinnung in die preussische Verwaltung hineintragen. Sein Wirken in der preussischen Regierung und später im Reichsministerium des Innern war dem Dienst an der Republik und dem Schutz der Republik gewidmet. Einer der besten Köpfe der Sozialdemokratischen Partei von eminenter Sach- und Verwaltungsfähigkeit kehrt heute zurück an den Posten, an dem er Großes und Entscheidendes für das Wohl der Republik gewirkt hat.

Die Nationalsozialisten und ihre Freunde haben im Preussischen Landtag ihre Schläge gegen die republikanische Regierung der Weimarer Koalition verloren. Karl Severing an der Spitze des Preussischen Innenministeriums - das wird für sie nicht minder schwer als die verlorenen Schlachten!

Severing zur Lage

Frankfurt a. M., 23. Oktober. (Eig. Fundbericht.)

In einer großen Demonstrationsversammlung, die von der Sozialdemokratischen Partei Frankfurt a. M. und den Gewerkschaften veranstaltet und von etwa 18 bis 20 000 Menschen besucht war, sprach am Mittwochabend der neuernannte preussische Innenminister Severing. Er hielt keine Programmrede. Severings Programm bedarf keiner Bekanntgabe mehr, aber seine Ausführungen dürften gerade im gegenwärtigen Augenblick ganz besondere Aufmerksamkeit beanspruchen.

Severing sagte unter anderem, das Amt, das er jetzt wieder übernommen habe, könne nur in der Weise verwaltet werden, daß die politischen Maulwürfe es nicht fertig bekommen, die Republik zu untergraben. Er sei nicht lampenscheu, und wenn man am vergangenen Sonnabend im Reichstag versucht habe, ihm den Puls zu fühlen, so könne er vor seinen Gegnern erklären, daß er das Wort „fränkisch“ aus seinem Vokabular gestrichen habe. Die Wahlen vom 14. September seien wie ein Sturmwind über Deutschland hingebrochen. Wenn man aber den Ursachen nachgehe, müsse man sagen: Haben wir uns den politischen Kampf nicht zu leicht gemacht? Wir haben die politischen Fähigkeiten und die Reife des deutschen Volkes vor den Wahlen leider nicht richtig eingeschätzt. Jetzt müssen wir den Schaden wieder gut machen. Wir müssen zunächst die Bequemlichkeit abstreifen. Die Nationalsozialisten haben unbestritten Bekennermut und Angriffsgelüste.

Die Ursachen der Katastrophe von Alsdorf

Der Tod kam von oben? - 248 Tote geborgen

Der Unfallauschuss der Grubenoberbergrube, der am Mittwoch bis 7 Uhr abends tagte, teilt zu der Alsdorfer Grubenkatastrophe folgendes mit:

Der Unfallauschuss hat am 22. Oktober in Anwesenheit von Vertretern des Grubenoberbergrube Berlin, des Oberbergamtes Bonn und der zuständigen Bergwerksbeamten unter Hinzuziehung der Sachverständigen der Haupttreibungsstelle Essen und der Bergwerksdirektoren zu Dortmund-Heine, sowie der chemisch-technischen Reichsanstalt die Grube Anna II befragt. Im Anschluß an die Befragung fand eine Zeugenvernehmung und eingehende Beratung statt. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht geklärt. Jedoch ist festzustellen, daß die Sprengstofflager auf sämtlichen Sohlen der Grube in Ordnung sind. Die zunächst angenommenen Explosion eines Sprengstofflagers scheitert als Ursache des Unglücks aus. So weit weiter festgestellt werden konnte, ist auch an dem Unglückstage kein Sprengstofftransport in die Grube hinein erfolgt. Bei der Befragung der Grube sind bisher Angaben einer Kohlenkammerexplosion unter Tage nicht ermittelt worden. Die Befragungen und Untersuchungen werden am 23. Oktober fortgesetzt.

Nach diesem Ergebnis der bisherigen Untersuchung über die Ursachen der Katastrophe gewinnt an Wahrscheinlichkeit, was die „Kölnische Zeitung“ in dieser Frage berichtet. Sie schreibt: „Nach den bisherigen Erfahrungen scheint es sich zu handeln, daß es keine Explosion von unten war, sondern umgekehrt eine solche von oben nach unten. Wir haben von einer bösenartigen Bergwerkskatastrophe Kenntnis, die am Mittwochabend eingetreten ist. Es scheint sich zu handeln, daß diese Katastrophe nicht in den Schacht geschehen ist, sondern auf der Oberfläche. Die Katastrophe hat sich dort ereignet, wo die Katastrophe

Darauf sei zum größten Teil ihr Erfolg zurückzuführen. Vielleicht fehle auf der linken Seite davon einiges, und es wäre gut, wenn hier etwas nachgeholfen werde. Innenpolitisch, noch mehr aber außenpolitisch, fuhr Severing fort, war das Wahlergebnis vom 14. September ein Unglück. Man darf wohl sagen: noch so eine Reichstagswoche und auch der nächste Wähler wird die Ziel- und Grundlosigkeit, die politische Unreife der 197 erkennen. Aber bis heute ist noch keine genügende Korrektur des Eindrucks erfolgt, den die Wahlen im Ausland hervorgerufen haben. Diese Korrektur kann nur erfolgen, wenn die Nationalsozialisten, diese Partei des Bonzentums, der Phrasen und der Gewaltpolitik, politisch entlarvt werden. Es gilt, mit Glanz an die politische Aufklärung heranzugehen. Wir wollen nicht Köpfe rollen lassen, sondern Köpfe öffnen. Allerdings - und hier sprach Severing mit besonderem Nachdruck - wenn man glaubt, daß wir lügen und uns weiter eingeschlagene Fensterheben gefallen lassen, dann wollen wir - das ist keine Versammlungsphrase, sondern ein Schwur - diesen Gewaltmenschen zeigen, daß die physischen Kräfte nicht nur bei ihnen vorhanden sind und jedem weiteren Terrorismus gegenüber den Grundsatzen anwenden: auf einen Korridor einzinhaufen.

Mit einem Bekenntnis zur Friedenspolitik, die sich mit nationaler Festhaltung durchaus verträgt, schloß Severing seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Zu Beginn der Kundgebung gedachte der Vorsitzende der Frankfurter Parteioffiziere, Seilmann, der Katastrophe und der Opfer von Alsdorf.

In Offenbach a. M., wo Severing am Mittwoch nachmittag unter freiem Himmel vor etwa 10 000 Besuchern sprach, stand im Mittelpunkt seiner Ausführungen die Frage der Arbeitsbeschaffung und Finanzierung. Die deutschen Wähler, betonte der Innenminister, haben diese Aufgabe gründlich verkannt. Auf den Wahlerfolg der Partei, die vor den Wahlen am lautesten geschrien hat, hat das Ausland eine Quittung in der Form gegeben, daß es nach den Wahlen die Kredite zurücknahm. Die Sozialdemokratie wird den Abwehrkampf gegen diese organisierten Anstöße der Massen einleiten. An einer wirtschaftlichen Gesundung ist nur in Zusammenarbeit mit dem Ausland zu denken.

Große Aufregung bei allen offenen und heimlichen Faschisten

Den offenen und heimlichen Faschisten ist die Berufung Severings zum preussischen Innenminister in die Glieder gefahren. So schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Die Berufung sei „eine öffentliche Kampfanzeige“, in dem Sinn, daß die Sozialdemokratie um ihrem Platz nur weiche, wenn ihr eine größere Macht entgegengesetzt werde. Vermutlich werde Preußen seine Handlungsweise mit staatlichen Notwendigkeiten und mit der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu begründen versuchen. Es sei aber zu befürchten, daß gerade die Ernennung Severings nicht beruhigend wirke, sondern neues Delirium Feuer geise.

In der „Deutschen Tageszeitung“ heißt es, daß Severing „die Rolle des Drahtentwerfers gegenüber dem deutschen Nationalismus“ spielen solle. Offenbar solle Severing Herrn Dr. Birck den Rücken stärken und ihm die Stellung geben, die die Verwaltung des größten Landes der Reichsregierung in solchen Fragen geben könne.

Hugenbergs „Lokalanzeiger“ schreibt: Ministerpräsident Braun wolle wieder einen starken Mann im preussischen Innenministerium haben. Die „Kreuzzeitung“ macht ihrem Vorgesetzten mit der Bemerkung Lust, die Sozialdemokratie gebe mit der Besetzung ihres wichtigsten Machtpostens in Preußen durch

erhärter durch die unerhörte Wucht der Explosion an der Oberflächlichen. Sachleute und Rettungsmannschaften sind der Ansicht, daß niemals ein Bergwerksunglück, selbst eine größere Dynamit-entzündung in der Tiefe, eine solche Wirkung an der Oberfläche gehabt hätte. Der beste und sicherste Beweis für diese Theorie ist die Tatsache, daß alle Türen unten im Schacht nach innen eingedrückt sind, auch die Pulverkammern. Die Toten liegen alle mit dem Rücken vom Eingang abgewendet, sie wurden also vom Schacht aus in die Gänge hineingeschleudert.“

248 Tote geborgen

Alsdorf, 23. Oktober.

Um 130 Uhr früh wird amtlich gemeldet: Die Zahl der bisher geborgenen Toten beträgt 248. Die Rettungsarbeiten werden jetzt für einige Stunden unterbrochen, da man bis zum Ende sämtlicher Restere vorgedrungen ist. Es trägt sich noch nicht genau feststellen, wie viele noch vermisst werden, da unter den hundertfachen Trümmern noch Reste verstreut sein können. Die Rettungsmannschaften melden, daß die Strecken teilweise 300 bis 500 m zu Berg gegangen sind.

Reich und Preußen gewähren Unterstützung

Am Mittwoch wird mitgeteilt: Zur Stützung der Not, die durch das hiesige Bergwerksunglück entstanden ist, haben die Reichsregierung und die Preussische Staatsregierung je 100 000 Reichsmark zur Verfügung gestellt.

Der Reichspräsident hat als erste Hilfe für die Hinterbliebenen der Alsdorfer Bergwerkskatastrophe 100 000 Reichsmark aus dem Dispositionsfonds des Reichs, von 100 000 Reichsmark zur Verfügung gestellt, der dem Regierungspräsidenten in Köln übergeben wurde.

Weitere Einzelheiten siehe unter „Was oder Was?“

Severing das Kampfsignal gegen rechts. Severing bedeute Offen-
krieg. Die „Deutsche Zeitung“ erklart, die Be-
setzung Severings sei eine Herausforderung an die nationale
Bewegung. Man dürfe sicher sein, daß der neue preussische
Innenminister ausgestattet mit der vollziehenden Gewalt den
Weg, den er als Reichsinnenminister mit seinem Vorgehen gegen
Thüringen eingeschlagen habe, mit erhöhtem Nachdruck weiter zu
verfolgen verurteilt werde. Dazu habe man ihn bestellt.
Die deutschnationalistische Landtagsfraktion hat bereits einen
Misstrauensantrag gegen Severing eingebracht. Man sieht, auf
der Rechten hat die Berufung Severing wie eine Bombe ein-
geschlagen.

Die Pariser Presse zu Severings Ernennung
Paris, 23. Oktober. (Eig. Funkbericht.)
Die Ernennung Severings zum preussischen Minister des
Innern wird von der gesamten Pariser Presse als bedeutsames

innenpolitisches Ereignis betrachtet. Die Blätter betonen, man
erwarte daraus, daß die republikanischen Parteien in Deutschland
nunmehr entschlossen seien, dem Abgleiten nach rechts entgegen-
zutreten und der Umsturzpropaganda der Hitler- und Stahlhel-
leute mit Energie zu Leibe zu rücken. Severing, der bei den
Nazis neben Braun zu den bestgehörtesten Männern gehöre, habe
höchsten persönlichen Mut bewiesen, daß er das gefährliche Amt
der Verteilung in der augenblicklichen Krise übernommen habe.
Er, der schon früher die preussische Verwaltung scharf republikanisch
reorganisiert habe, sei heute der geborene Mann, um jeden Ver-
such des Umsturzes und der Diktatur im Keime zu ersticken.

Die Ernennung Severings, schreibt der sozialistische
„Populaire“, sei die direkte Antwort der SPD. auf die Pro-
positionen der Nazis. Die Tatsache, daß Dr. Wentig freiwillig
demissioniert habe, um Severing auf dem wichtigsten Kampfposten
Platz zu machen, beweise erneut die politische Solidarität und die
glänzende Kameradschaft in der SPD.

sozialistische Reichstagsfraktion verlangt aber jetzt mit
auf diese Immunität die Einstellung von Straferfahren
25. ihrer Mitglieder, die in 139 Fällen angeklagt sind.
Spitze steht der Abg. Gregor Straßer mit 27
Verfahren, ihm folgen der Bärzener Münchener
24 Straferfahren, der nationalsozialistische Gauleiter
Königsberg mit 21 Straferfahren, Dr. Goebels mit 10
früherer Lehrer Wagner mit 13 und Herr Feder mit 10
Verfahren.

11. Der nationalsozialistische Abg. Feder schloß
mit dem Gebet „Herr mach uns frei von Betrug
Verrat.“ Derselbe Feder hat am 9. November 1932
Finanzminister des Reichstages eine Verfügung erlassen,
jede Veränderung oder Verschönerung des Vermögensstandes
Strafe bedrohte. Einen Tag vorher hat Feder bei seiner
die Auslieferung seiner dort lagernden Aktien im Betrag
40 000 Goldmark verlangt. Am 15. November ist dieses
depot einem Mittelsmann Feders ausgeliefert worden.

12. Die nationalsozialistische Reichstags-
fraktion fordert die entschädigungslose
Eignung des gesamten Vermögens der
und Börsenfürsten“ sowie die „entschädigungslose
Eignung sämtlichen Vermögenszuwachses aus Kriegs-
inflationen- und Deflationengewinnen.“
Aber sie verlangt nur eine Vorlage darüber
von der Regierung, in der Hoffnung und in
sicherer Erwartung, daß sie diesem Verlangen
nicht nachkommt.

Eine Woche Hakenkreuz

Worte und Taten der Nationalsozialisten

1. Nach der Eröffnung des Reichstages zogen
nationalsozialistische Banden nach der Leipziger Straße in
Berlin und warfen dort mit Steinen die Schau-
fenster ein. Von den bei diesen Ausschüssen teilgenommenen
183 Personen gehörten 45 der Nationalsozialistischen Partei an,
weitere 55 erklärten, daß sie mit den Hakenkreuzlern sympathi-
sieren.

2. Der nationalsozialistische Reichstagsabge-
ordnete Dr. Franzen, zugleich Ministerpräsident
Braunschweigs, ist der Begünstigung bei einem Ver-
gehen überführt worden. Franzen hat der Polizei gegenüber be-
hauptet, der nationalsozialistische Agitator Gutth, der mit einer
falschen Abgeordnetenkarte ertappt wurde, sei der
nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Lohle.

3. Im „Völkischen Beobachter“ vom 14. Oktober
1930 erklärte der nationalsozialistische Reichstags-
abgeordnete Dr. Feder: „Ein selbstbewußter nationaler
Staat kann nicht eine Nebenregierung von Bankiers
dulden.“ Kurze Zeit vorher hat Dr. v. Stauff, Direktor der
Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft, Reichstagsmitglied
der Deutschen Volkspartei, den nationalsozialistischen Führern ein
Frühstück gegeben, bei dem der Festungsplan zur Beseitigung
des Sozialdemokratischen Lohes vom Amt des Reichstagspräsidenten
geschmiedet wurde. Der Großbankdirektor v. Stauff ist mehr
als 40faches Reichstagsmitglied.

4. Die Nationalsozialisten hielten für den
vollparteilichen Führer Dr. Scholz als Präsi-
denten des Reichstags. Scholz ist Führer der
Deutschen Volkspartei, der Partei des Groß-
kapitals. Er selbst gehört als früherer Oberbürgermeister und
als vorübergehender Wirtschaftsminister zu den höchst-
penionierten des Reichs. Dazu ist er noch mehrfaches
Reichstagsmitglied.

5. Im vorigen Reichstag hatten die Hakenkreuzler folgenden
Antrag gestellt: „Über durch Vermischung mit Ange-
hörigen der jüdischen Blutgemeinschaft oder
jehudischen Rasse zur Rassenverfälschung und Zerstörung des
deutschen Volkes beiträgt, oder beizutragen droht, wird wegen
Hakenkreuz mit Zuchthaus bestraft. Der Reichstagspräsi-
dent der Nationalsozialisten Dr. Scholz hat eine Strafe
zur Frau.“

6. Reichstagspräsident Loh hat sofort nach seiner
Wahl erklärt, daß er auf die Hälfte der ihm zukommenden
Einkommenszuschüsse verzichte. Er selber
hat Loh den größten Teil dieser Einkommenszuschüsse für
soziale Zwecke zugewendet. Zur gleichen Zeit mit diesem Bericht
Lohes wird bekannt, daß der nationalsozialistische
Führer Adolf Hitler für ein Intervall in der ameri-
kanischen Hauptstadt pro Wort einen Dollar, im ganzen rund
1000 Dollar oder mehr als 1000 RM. erhalten hat. Der monat-
liche Geldbedarf Adolf Hitlers für seine persön-
lichen Zwecke wird auf etwa 4000 Mark geschätzt.

7. Im Wahlkampf haben die Hakenkreuzler
die „Zerstückung des Youngplans“ gefordert.
Am 1. Oktober 1930 hat dagegen Adolf Hitler gegenüber einem
Vertreter der amerikanischen Kapitalpresse, Karl A. Bierbach,
erklärt, daß seine Partei „Erläuterung der Bestimmungen des
Youngplans“ verlangen und „speziell alle überkommenen Ver-
pflichtungen erfüllen“ werde. Daraus ist also der Youngplan
nicht mehr „zerstört“, sondern nur noch „erleichtert“ werden.

8. In der Agitation haben sich die National-
sozialisten gegen jede Verschärfungspolitik
mit den früheren Kriegsgegnern gemant. Ihr Abg. Revent-
low erklärte dagegen schon am 19. August in der National-
sozialistischen Pressekorrespondenz: „Das Ziel: Die Befreiung
Deutschlands von seinen Feinden, bleibt unerschütterlich das gleiche.“

Die Mittel, um zu ihm zu gelangen, müssen sich nach
den jeweiligen Möglichkeiten richten. Diese
wechseln je nach der allgemeinen Lage.“ Ähnlich hat sich
Reventlow in der Sitzung vom 18. Oktober aus-
geäuert. Die Nationalsozialisten stimmen also jetzt mit
Stresemann überein.

9. Der Reichstagsabgeordnete Goering hat
im Namen der Nationalsozialistischen Partei an das Britische
Luftfahrtministerium nach dem Unglück in Frankreich ein Bei-
leidstelegramm gerichtet. Die Hakenkreuzler haben früher
jeden als „Vaterlandsverräter“ beschimpft, der seine inter-
nationale Gefährdung in ähnlicher Weise äußerte.

10. Vor den Wahlen verlangte der national-
sozialistische Abgeordnete Rosenberger, Redak-
teur des „Völkischen Beobachters“ die Beseitigung
der Immunität der Abgeordneten. Die national-

Rußland wird immer mehr zum Zuchthausstaat

Nicht nur die Erwerbslosenunterstützung, sondern auch die Freizügigkeit aufgehoben

Die russische Regierung hat der wertvollen Be-
völkerung wieder mehrere Ueberraschungen bereitet. Mit
drei neuen Dekreten glaubt sie dem Zusammenbruch ihrer
Pläne, die die gesamte Bevölkerung in namenloses Elend ge-
führt haben, entgegenwirken zu können.

Das erste Dekret verbietet den Arbeitern bis zum Ende des
Kriegsjahres ihre Arbeitsstelle zu verlassen. Der „Deferteur
von der Wirtschaftsfrente“ wird boykottiert und von der Arbeits-
börse gestrichen, sein Bezugsbuch von der Arbeitsstelle ein-
gehalten, so daß ihm jedes Recht, über seine Arbeits-
kraft nach freiem Ermessen verfügen zu können,
geraubt ist. Das zweite Dekret hebt alle Bestimmungen über
die Schließung von Arbeitsstellen auf, um die Ar-
beiter zu zwingen, ohne Rücksicht auf ihre Familien, ihre Woh-
nungen oder Berufseignung, die ihnen im tiefsten Innern des
russischen Reiches zugewiesenen Arbeitsstellen anzunehmen. Wer
sich weigert, verliert dazuerst die Rechte der Arbeiterklasse und
wird ebenso wie der „Deferteur von der Wirtschaftsfrente“ be-
handelt. Das dritte Dekret ist durch ein neues, — die
kollektivistische Arbeitseigenenschaft abgelöst. Das
dritte Dekret regelt die Versorgung der Bevölke-
rung mit Lebensmitteln und Gegenständen des
täglichen Bedarfs, die nur auf Bezugsbücher er-
hältlich sind. Bezugsbücher werden nur für die arbeitende
Bevölkerung ausgeben, die in 7 verschiedene Kategorien ein-
geteilt ist. Ohne Bezugsbücher gibt es weder ein Stück Brot,
noch sonst etwas Essbares, ebensowenig ein Paar Strümpfe oder
ein Stück Stoff.

Die nichtwertige Bevölkerung, die sogenannten früheren
Kontingents, Gemeinwerbende und Bauern, ebenso die Geistlichen
und ihre Familien, erhalten keine Bezugsbücher und sind, soweit
sie nicht von Bettelrei vegetieren, dem Hungertode preisgegeben.
Die Bezugsbücher geben natürlich kein Recht,
jedem besten nur die Norm für die Verteilung dar, voraus-
gesetzt natürlich, daß es etwas zu verteilen gibt.

Folgen von Hitlers Drohungen

Belgien rüft erneut

Wie das „Echo de Paris“ aus Brüssel meldet, be-
absichtigt die belgische Regierung, angesichts der Hitler-
gefahr in Deutschland mit größter Eile die Landes-

verteidigung zu reorganisieren. Die Befestigung
Gegend von Lüttich sei bereits unter Benutzung der
handenen Militärkredite in Gang gebracht worden. Schon
dem Widerstandskomitee des Parlaments werde der Re-
gierung neue Kredite anfordern, um auch den Bridentag
Kamur mit fünf neuen modernen Forts zu verstärken.

Franzen verbietet die Kritik an U

Amzugsverbot und Flugblattbeschlagnahme aus Angst vor

Die Sozialdemokratie des Landes Bra-
unschweig führt zurzeit mit Flugblättern und Plakaten
großen Kampf gegen den Hakenkreuz-Präsi-
denten Franzen. Franzen hat sich dagegen jetzt mit folgender
Kantmachung zur Wehr gesetzt:

„Wie mir bekannt geworden ist, wurden im ganzen
Land in den letzten Tagen Flugblätter verteilt und Plakate
Anschlag gebracht, die in verleumdender und beleidigender
Weise unrichtige Angaben über die Vorgänge bei der
Kaufmannschaft des Landwirts Gutth durch die Partei
bringen. Derselben Vorgänge sollen auch in gleicher
Form zum Gegenstand einer großen Kundgebung des
hannoverschen Schwarz-Rot-Gold am kommenden Freitag ge-
werden. Hierdurch wird die öffentliche Ruhe, Sicherheit
Ordnung aufs schwerste gefährdet. Ich verbiete daher
auf weiteres alle Umzüge und öffentliche
Versammlungen unter freiem Himmel und
die sofortige Beschlagnahme der oben näher be-
nenneten Flugblätter und die sofortige Entfernung
oder Unkenntlichmachung der Plakate an.“

Die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung ist in
Schweig nicht gefährdet. Bedroht ist lediglich die Ruhe
Aus diesem Grunde erfolgte die Anordnung zur Unter-
drückung der sozialdemokratischen Kritik, die sich ausschließlich auf
Dokumente des Berliner Polizeipräsidiums stützt.

Henker Johnny

Koman von Myrtle Johnson
Aus dem Englischen übertragen von Franz Fein

„Sanna, können wir ausgehen?“ fragte Johnny. „Hier ist
es schließlich für mich. Auf des Land und ich, zu den Blumen
zu den langen Straßen. Vielleicht werde ich wieder gesund, wenn
ich vergehen kann.“

„In drei Tagen verläßt ich die Stadt“, sagte Franzer Göttinger.
„Am Morgen des dritten Tages, bevor die Vogel aus dem Schlaf
erwachen, kommen Sie zu mir in meine Halle am Platz, und
wir wollen mit unserer Gedächtnis beginnen.“

„Ich komme!“, rief Johnny. „Ich werde ich werde an
diesem Morgen bei Ihnen sein, und ich werde Ihnen überreichen
in die ganze Welt folgen.“

„Nehmen Sie meinen Segen, Johnny, Göttinger“, sagte der
Priester und wies wieder auf den dunklen Himmel. „O Herr, ich
reue dich um Johnny an, daß dieser Mann das Opfer gebracht
hat. Auf den Fluch von ihm werden.“

Von da an schwand der Gedanke an die Straße mit dem
Priester nie aus Johnny's Geist. Er dachte in jeder Minute des
Tages daran, bis Johns Gesicht und Neils Jagars Gesicht, dem
das Licht aus den Augen schied, vergehen waren.

Dreißenddreißiges Kapitel

Anna konnte sehr ausdauernd und hartnäckig in der Ver-
folgung eines Zieles sein. Sie sagte, daß Johnny nicht aus
ihren Fesseln gelöst werden war, und sie sagte auch, daß er den
Scherenschnitt seines Geistes, Mrs. Jagars Geistes nicht
zu überleben, nach kein Wort gesagt hatte. Und so konnte sie die
Sache an Tage nach Johnny's Begegnung mit dem Priester wieder
zur Rede.
„Johnny, da ich diese Entscheidung am Dienstag. Du wirst
dies nicht wirklich tun, nicht wahr?“
Er hatte sie aus seinen unerschütterlich letzten Augen an.
„Eine Entscheidung am Dienstag? Gut, daß es es mit folgt.
Es ist doch sehr merkwürdig, ich habe es ganz vergessen.“
„Dann überlassen Sie es mir, nicht wahr?“ fragte Anna ernsthaft.
„Warum sollte ich denn nicht? Was steht es so daran, ha-
ber? Hier ist es merkwürdig, ich habe es ganz vergessen.“
Er hatte einige Augenblicke mit verworrenem Blick ins
Herrn. Dann wurde er sich selbst und begann mit Michaels
Namen zu spielen.
„Alte, wer hätte das gedacht?“ meinte sie dann. „Das
sagt wieder einmal, wie verrückt und absonderlich die Männer
sind.“

In diesem Abend ruhten sie nach des Kind viel über
Johnny's Leben.

Er bemerkte sich überaus langsam, er legte sich Zeller auf den
Kopf und machte rund um den Tisch auf Händen und Armen Jagd
auf Michael.

Es war sehr erregend, zu laufen und zu laufen, während
der Vater einem nach nachkam, mit geschickten Tritten und
jubilierenden Augen wie ein richtiges wildes Tier. Einmal packte
Johnny's Hände das fliehende, nackte Bein ziemlich schön, und
Michael warf sich nieder, um die blutende Wunde zu hegen, wobei
er sich sehr Mühe gab, nicht zu weinen.

Seine Vater hätte nicht zu begreifen, daß das Spiel aufgehört
hätte. Er trat nach immer, immer näher, weiter, und Michael
sprang in wilder Angst auf, weil seines Vaters Augen furcht-
erregend verheißt waren so daß nur des Wege zu sehen war.

„Hör jetzt auf damit, Johnny“, sagte Anna. „Lassst du denn
nicht sehen, daß du das Kind erschreckst?“

Der Vater hielt dann ein und setzte sich auf, aber er sagte
nicht, daß es ihm leid tat, in Michaels Bein gefahren zu haben.
Er hatte kein Bewußtsein und verstand weder was wollte nicht
mehr spielen.

„Trotzdem war es ein launischer Abend gewesen.“
„War Bappi heute etwas nicht launisch?“ fragte das Kind,
als sie es zu Bett brachte. „Warum ist er nicht immer so?“

„Ja, natürlich, es ist nicht, wenn er so lustig ist. Es geht ihm
schlecht über — immer.“

Am Tag vor der Heimkehr stand Anna still auf und ging
zurück im Zimmer nieder, um Johnny nicht zu hören.

Er schlief wie ein Kind, die Hände unter dem Kinn ge-
schützt, mit friedlicher Miene. Sie brachte sich über ihn.

„Schön, daß er so fest schläft. Es ist sehr schön, daß er heute
ausgehen und ins Gefängnis gehen wird, mit alles für die Hin-
richtung vorbereitet.“

In diesem Augenblick erwachte er und hatte verwirrt um sich.
„Du magst ruhig aufpassen“, sagte Anna, „weil du heute ins
Gefängnis gehen wirst.“

„Nicht.“ Er machte eine Bewegung, um aus dem Bett zu
springen, hielt aber plötzlich inne.
„Wer magst mit dir in diesem Bett liegen nicht?“ sagte er
verwirrt. „Wo ist das Bett?“ Er sah auf den Boden und sah
aber auf der Erde bei den Füßen.
„Sie riefen ihn an der Gestalt.“
„Was ist das, Johnny. Du kommst nach.“
„Ja, ich mag aufpassen. Ich werde ich von hier weg sein,
Gott sei Dank.“
Dann wurde er plötzlich wieder lebendig und sprang aus
dem Bett.

„Nichte das Frühstück her, Anna, während ich mich ansehe.“
Sie ging in das andere Zimmer, und einen Augenblick
hörte sie ihn mit hoher schriller Stimme singen:

„And then I hangd my Annie.“
„Meine Annie habe ich dann gehentt.“

„Sei still, Johnny!“ rief sie; „du weißt doch, daß ich
dies nicht leiden kann.“

Da schmeig er, bald nachher kam er ganz angezogen her.
„Gib mir drei Scheiben Speck“, sagte er, „ich bin hungrig.“
„Gott sei Dank, er wird wieder gesund, dachte sie, während
den Speck auf seinen Teller legte.“

Er nahm einen Mund voll und schob dann das übrige weg.
„Du hast doch gesagt, du bist hungrig“, rief Anna.
„Habe ich das gesagt? Also, ich bin nicht hungrig. Ich
gar keine Lust zu essen.“

Einige Minuten sprach niemand. Michael schlang
Speck und einige kalte Kartoffeln vom gestrigen Abend herum
und Anna beugte sich über das Feuer.

Plötzlich erklang ein Lachen, jäh wie ein Pistolenschuß.
„Jahr hoch herum und jäh, daß Johnny zur Decke harrte, mit
Gesicht, das vom Lachen verzerrt war.“

Er hörte ebenso plötzlich auf, wie er begonnen hatte.
„Wohin hast du so lachen müssen?“ fragte Anna.
„Ich weiß nicht mehr. Es war sehr komisch vor
Minuten.“

„Na, du mußt gleich gehen.“
„Gott, ich dir die Seele und die Schärfe holen.“
rief Michael. „Ich weiß, wo sie sind.“ Er ging zu seinem
und setzte sich an dessen Knie. „Nimm mich doch mit, Vater-
müde einmal leben, wie man gehentt wird.“

„Du darfst nicht so reden“, fuhr ihn Anna scharf an.
Johnny harrte mit gerunzelter Stirn zum Fenster, als
er sah auf eines zu schauen.

„Also, Johnny“, sagte sie aufspringend, „alle deine
Lied zurückgelegt. Nimm den langen Mantel, es gießt
Regen, es wird lauter da draußen.“

„Ja, ich werde zurückkommen“, antwortete er.
morgen wird es an der Tür nach mir anschauen, und ich
denken auf den Boden sein aber auf den Straßen gehen
aus dieser Stadt hinausfahren.“

„Sie sah sich in dem letzten, dunklen, kleinen Zimmer
an.“
„Ja, Johnny“, sagte sie, „vielleicht werden wir ein
auf das hinausgehen. Es wird schön, wieder selber
Namen zu sehen. Ich habe auch genug von hier. Vielleicht
wir die Werkstatt verlassen und wo anders von neuem ein-
bauen.“

„Gott segne“

Keine Vertagung der Politik!

Kampf um die Notverordnungen
Von S. Aufhäuser.

Die Reichstagswahlen vom 14. September haben die Zahl antiparlamentarischer Kräfte im Reichstag, wie sie in den Aktionen der Kommunisten und Nationalsozialisten gegeben außerordentlich gestärkt, und es erschien im höchsten Grade möglich, ob der so zusammengesetzte Reichstag in der Lage wäre, nur irgendwelche positive Arbeit leisten zu können. Am 1. Oktober, als sich das Parlament vertagte, hatte es Schmerz der Nationalisten und der National-Bolschewisten ihm für diesen Tagungsabschnitt auferlegte Arbeitspensum und die Voraussetzungen für die bevorstehenden Ausschüsse geschaffen. Entgegen allen Sabotageversuchen war der Reichstag durch den starken Willen der Sozialdemokratie arbeitsfähig gehalten worden. Die Absicht der Nationalsozialisten und Kommunisten, das Parlament in seinem Leben herabzusetzen, hatte das Ergebnis, daß die Kommunisten und Bundesgenossen des Gegenflügels entlarvt worden sind und politische Ansehen der Nationalsozialisten unter Null gesunken. Unter dem Klirren der Fensterheben in den Geschäftshäusern von Berlin scheinen diesmal Tausende von Deutschen nicht erwacht zu sein, freilich nicht in dem Sinne, daß ihnen das dritte Reich helfen könnte. Im Reichstag selbst waren Nazis ebenfalls laut, wenngleich sich ihr Feldwebel nicht bemühte, parlamentarische Elementarübungen zu zeigen, wie man viel schwächer kann, ohne zu sagen, was man will. Als er aber vom sozialdemokratischen Redner Höpner mit wurde, mußte er zugeben, daß auch der Bruch des Ehrenwortes bei diesen sonderbaren teutischen Parlamentariern zum Handteil des Arsenal ihrer politischen Waffen gehört. Die Vorgehensweise der Nationalsozialisten war selbst für die schamloseste Politik der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei zuviel geworden. Die Wahl des Reichstagspräsidenten Paul Löbe war für die großkapitalistischen Geldgeber Sankt und Konforten nicht minder unangenehm, als für ihren Schützling Hitler. Auch sonst ist die Unfähigkeit der Volksparteier zu ihrer politischen gelben Schutztruppe nicht ungetrübt geblieben. Der Agitationsstich der Nazis an Bank und Börse hat die Antimarginen im bürgerlichen Lager ins Herz getroffen. Es ist auch zu hart, daß die Agitation trotz aller Gostfreundlichkeit beim Frühstük von ihren Gästen ohne Entschädigung enteignet werden sollen. Die Reichstagsverhandlungen haben die von Scholz in ehrlicher Feindschaft gegen die Arbeiterklasse konstruierte Rechtsstaat nicht unerheblich eingedrückt.

Das einzige politische Ergebnis für die Hitlertruppe bleibt das Amnestiegesetz, das einen Freibrief für Fememörder schenkt. Es war das Werk aus der Schwäche des Bürgertums, dem Verrat der Kommunisten. Im Ganzen aber haben die "Reger" vom 14. September die erste Schlacht verloren, ohne daß etwa die Reichsregierung als der Sieger gesprochen werden könnte. Die Haltung der Sozialdemokratie nicht diktiert vom Vertrauen zu Brüning, sondern von dem Willen, den neu gewählten Reichstag zu aktivieren. Die Sozialdemokratie hat zwar dem Kabinett Brüning eine Chance zum Weiterregieren gegeben, aber sie hat ihr darum nichts geschenkt.

Reichsregierung, die noch im Wahlkampf ihre Notverordnungen als eine unumstößliche Tatsache erklärt hatte, hat sich dem Willen der Sozialdemokratie beugen, daß diese Notverordnungen in Ausschüßberatungen ihrer arbeiterfeindlichen Bestimmungen entkleidet werden. Die Absicht Brünings, daß der Reichstag diese Aushöhung der Arbeitslosen- und Krankenversicherung einfach zu akzeptieren habe, ist am Widerstand der SPD geplatzt. Wäre es auch nach dem Programm der KPD gegangen, so hätte zwar der Reichstag die Notverordnung als etwas mechanisch aufheben können; es wären damit aber die sämtlichen Statpositionen zur Sicherung der Sozialen und aller staatsnotwendigen Ausgaben aufgehoben worden. Es wäre für die aufgehobene Notverordnung auch in den annehmbaren Teilen keinerlei Ersatz vorhanden gewesen. Die Hoffnung der Nationalsozialisten und Kommunisten, das Reich zu drücken und Drüber zu schaffen, hat die Sozialdemokratie zerstört. Ihr Ziel ist nicht durcheinander, sondern

In der Frage der Notverordnungen ist durch die Sozialdemokratie der parlamentarische Kampf Boden hergestellt worden. Der Kampf selbst aber wird sich erst in den kommenden Wochen im zuständigen Ausschüß des Reichstages entwickeln. Hier bedeutet die Vertagung des Reichstagsplenums keine Vertagung der Politik. Die Reichsregierung wird sich dabei keinem Zweifel hingeben dürfen, daß ihre kommende Mehrheitsbildung von klaren sozialen Voraussetzungen abhängig gemacht werden muß. Es wäre für die Sozialdemokratie untragbar, die arbeiterfeindlichen Teile der Notverordnung mitverantwortlich zu machen; denn auch die Erhaltung von Demokratie und Parlament steht und fällt mit ihrem sozialen Inhalt. Es liegt an der Regierung Brüning, den berechtigten sozialen Forderungen der Sozialdemokratie zur Umgestaltung der Notverordnung in sozialpolitisch fundierte Gesetze Rechnung zu tragen.

Die Sozialdemokratie hat es mit ihrer parlamentarischen Kraft verhindert, mit unerbittlichem Inhalt der Notverordnung leichtfertig den Weg zur Rechtsdiktatur zu ebnen. Damit hat sie der Demokratie und der Arbeiterklasse einen Dienst erwiesen, ohne etwa dem Kabinett jede künftige Unterjochung zu gewährleisten. Würde das Reichskabinett sich einer ausreichenden sozialen Revision der Notverordnung verweigern, so wäre für die Sozialdemokratie der Anlaß gegeben, ein eigenes Mißtrauen gegen diese Regierung einzubringen.

Die große und wachsende soziale Not müßte eine ernste und letzte Mahnung an die Reichsregierung sein, den von der Sozialdemokratie aufgezeigten Weg zu beschreiten. Damit allein kann auch die politische Entspannung einsehen.

Die Sozialisten im Reichstag können in den Arbeiterfragen keine Bindung auf sich nehmen. Das hat sich auch im sozialdemokratischen Antrag bestätigt, wonach die Regierung aufgefordert wird, die Verbindlichkeit zum Lohnabbau-Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie nicht auszusprechen. Er wurde mit den Stimmen der SPD, KPD und Nazis angenommen. Die Entschlieung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 3. Oktober zeigt aber auch den Weg auf, nach dem wird uns die Entspannung der Wirtschaftskrise, der Milderung der Erwerbslosennot und die Sanierung der Reichsfinanzen denken. Die Stellung unserer Partei zum Kabinett wird bestimmt von seiner Haltung zu diesem klar aufgezeigten Weg abhängen. Hier genügt die Besichtigung der unsozialen Bestimmungen in der Notverordnung nicht. Der Kampf gegen die Erwerbslosigkeit kann nur Erfolg haben, wenn Eingriffe und Maßnahmen zur Preisgestaltung für die Lebensmittel und Bedarfsartikel erfolgen. Die Preisdiktatur der Kartelle und der Preiswucher mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen müssen zuerst gebrochen werden, soll der Inlandsmarkt belebt, der Arbeitsmarkt gebessert werden. Aber auch in der Frage einer durchgreifenden Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich müssen endlich alle beteiligten Faktoren das arbeitsmarktpolitische Moment in den Vordergrund stellen.

Die Passivität der Reichsregierung in der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit wird auch nur überwunden werden können, wenn die zur Arbeitsbeschaffung berufene Stellung, nämlich die Kommunen von den Fesseln der Kapitalzinsperre befreit werden, um ihre öffentlichen Wirtschaftsbetriebe stärken zu können.

Es soll gewiß nicht verkant werden, daß die Reichsregierung in ihrer heutigen Zusammenfassung mancherlei Hemmungen hat, den sozialen Notwendigkeiten gerecht zu werden. Die zu den Regierungsparteien zählenden volksparteilichen und wirtschaftsparteilichen Kräfte sind eben arbeiterfeindlich. Diese beiden Parteien haben sich in letzter Zeit auch oft genug von der Regierung distanziert, um Ausflüge nach nationalsozialistischer Lager zu unternehmen. Es ist deshalb nur eine Frage politischer Energie, daß sich auch der Reichskanzler in den brennend gewordenen sozial- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen seinerseits von diesem sozialverantwortungslosen Kreise seiner Mitregierer ebenfalls distanziert. Die Sozialdemokratie hat erneut bewiesen, daß sie auch außerhalb der Regierung positiv gestaltend auf die Reichspolitik zu wirken vermag. Sie wird jedoch zu keiner Zeit und in keiner politischen Situation darauf verzichten, ihre Entscheidungen vom Standort des Arbeiters zu treffen.

Die deutschen Tonfilme in Prag

Am Mittwoch fand in Prag eine Beratung der Kinobesitzer und Filmproduzenten statt, in deren Verlauf von maßgebender Seite erklärt wurde, daß die deutschen Tonfilme in Prag wieder gespielt werden müssen.

Die Liga für Menschenrechte gegen ihre Verleumdungen

In einem Verleumdungsprozeß des Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft, Fritz Küster, gegen die „Rote Fahne“ hat der als Zeuge vernommene Kurt Hiller gesagt, seiner Uebersetzung nach habe auch die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ ausländische Regierungsgelder empfangen. Er hat jedoch keinen Beweis für diese Behauptung geliefert und liefern können.

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ ist Gerüchten dieser Art schon in der Zeit als sie zum ersten Male aufstauten, nämlich im November 1926, schärfstens entgegengetreten. Sie erklärt heute noch einmal, daß die Behauptung, sie habe jemals ausländische Regierungsgelder erhalten, eine jeder Begründung entbehrende Verächtlichkeit ist.

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ hat niemals irgendwelche direkten oder indirekten Verbindungen zu ausländischen Regierungen gehabt. Wie alle internationalen Organisationen, zum Beispiel die Gewerkschaften, die Katholische Kirche, das Rote Kreuz und dergleichen hat sie es selbstverständlich immer dankbar begrüßt, wenn ihr von weltanschaulich nahestehenden Personen oder Verbänden Mittel zur Stärkung ihrer Tätigkeit zur Verfügung gestellt wurden. An solchen Institutionen, gleichgültig welcher Nationalität, sind etwa zu nennen: die Nobelfoundation, das Carnegie-Institut, die Quaker, die Wölterbundstiftung, die Internationale Liga für Menschenrechte in den verschiedensten Ländern der Welt. Niemals jedoch haben sich unter den Stiftern, die der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ zugesprochen sind, Regierungsgelder befunden. Niemals sind bei der Annahme dieser Gelder irgendwelche politischen Bindungen übernommen worden. Jede dazugehörige Behauptung wird hiermit nach wie vor als grobe Unwahrheit gekennzeichnet!

Ein Erfolg der bayerischen Sozialdemokratie

Gründliche Umgestaltung der Schlachtsteuer erreicht

Die mit Spannung erwartete Gesetzesvorlage zum Ausgleich des bayerischen Staatshaushaltes 1930, über die seit Wochen Verhandlungen der verschiedensten Art geführt wurden, liegt nunmehr dem Landtag vor. Das Gesetz enthält nur wenige Artikel, in denen der auf 23,8 Millionen Mark angewachsene Fehlbetrag durch Einsparungen und Abkürzungen im Etat und durch die Einführung der Schlachtsteuer bis auf 5,6 Millionen herabgedrückt ist. Dieser restliche Fehlbetrag von 5,6 Millionen soll durch die in Kürze zu erwartenden Zinsen für die vom Reiche geschuldete Postabfindung ausgeglichen werden. Der Ministerpräsident hat deswegen in den letzten Tagen mit dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister eingehend verhandelt und nach seiner Erklärung im Haushaltsauschüß des bayerischen Landtages besteht die begründete Hoffnung, daß das Reich den Betrag von 5,6 Millionen noch für dieses Jahr bezahlt und der bayerische Etat damit vollständig ausgeglichen ist.

Die Sozialdemokraten werden voraussichtlich der Sanierungsvorlage zustimmen. Ihre geäußerte Stellungnahme zur Schlachtsteuer ist damit begründet, daß ihre Forderung auf Umgestaltung der Steuer größtenteils berücksichtigt wurde. Die sozialdemokratische Fraktion hat erreicht: einmal eine Befristung der Steuer bis 1933, ferner eine Verbesserung des Steuertarifs, einen Schutz der aus Bayern ausführenden Fleischwareindustrie, wodurch Arbeiterentlassungen verhindert werden und schließlich einen Schutz der Verbraucher, vor allem der minderbemittelten Bevölkerungsschichten. Die Zustimmung zum Gesetz ist den Sozialdemokraten vor allem ferner deshalb erleichtert, weil durch das Gesetz zum ersten Mal in Bayern mit dem Grundgesetz gebrochen wird, daß bei den notwendigen Einsparungen die freiwilligen Leistungen des Staates an die Kirchen, gesellschaftlichen unberührt gelassen werden. Dieser von den seit 10 Jahren in Bayern herrschenden Bürgerblockparteien aufgestellte hochpolitische Grundsatz, durch den die freiwilligen Leistungen des Staates an die Kirche auf fast 30 Millionen angeschwollen sind, ist nunmehr endgültig durchbrochen, denn im Gesetz wird zunächst für die letzten 5 Monate dieses Jahres an den Ausgaben für die Kirche 1 Million Mark gestrichen und für die Jahre 1931 bis 1934 ist im Gesetz vorgesehen, daß diese Ausgaben weiter gestrichelt werden. Die sozialdemokratische Fraktion wird darauf drängen, daß diese Versprechen noch fester umrissen und eingehalten werden.

Nach den bisherigen Beratungen im Ausschüß hat es den Anschein, daß das Gesetz mit großer Mehrheit, deren Kern die Bayerische Volkspartei und die Sozialdemokraten bilden, angenommen wird. Voraussichtlich wird es schon am Montag nächster Woche im Plenum verabschiedet.

Gemeinsame Sitzung der beiden Internationalen

Auf Anregung des Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Walter Citrine, findet am 29. Oktober in Köln eine gemeinsame Sitzung der Vorstände der politischen und der gewerkschaftlichen Internationalen statt. Zur Beratung steht besonders die Lage in Polen und Oesterreich. Deutschland wird durch den Abgeordneten Weils vertreten sein.

Am 27. und 28. Oktober wird ebenfalls in Köln die gemeinsame Kommission des IGB und der SA zur Beratung des Arbeitslosenproblems zusammentreten. Dieser Kommission gehören unter anderem Leipart und Kaphtali an.

Eine wirkliche Preissenkung!



Die führenden Waschmittel der Welt

Gutschein für wertvolle Gaben

SUNLIGHT SEIFE	LUX SEIFENFLOCKEN
½ Pfund Doppelpack 40 Pfg. jetzt 30 Pfg.	Die große Doppelpackung 75 Pfg. jetzt 50 Pfg.
Das große Würfel 35 Pfg. jetzt 25 Pfg.	Die Normalpackung 40 Pfg. jetzt 30 Pfg.
Das großformatige Handstück 15 Pfg. jetzt 12 Pfg.	Die Handpackung 25 Pfg. jetzt 20 Pfg.

SUNMA ½ Pfund Packung 45 Pfg. jetzt 40 Pfg.

SUNLIGHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM - BERLIN

Breslauer Nachrichten

Preisabbau

Preisabbau — dieses Wort ist an der Tagesordnung. Wir lesen jeden Tag davon. Nur in der Praxis merken...

so erfreuter muß man sein, wenn man endlich irgendwo einen Lichtblick bemerkt. Sowohl, die Preisentung wird...

es geht weiter. Eine amtliche Bekanntmachung des Reichspostministeriums besagt, daß — nicht die Poststafeln...

der Anfang ist gemacht. Die Preisentung wird langsam...

Wir zweifeln nicht daran, daß demnächst auch Kaviar, dieses Porzellan und spanischer Pfeffer bedeutend billiger...

Somit einem dringenden Bedürfnis abgeholfen sein dürfte. Die Preise für Brot, Fleisch und Kartoffeln bleiben die...

Aber das sind ja auch keine Gebrauchsartikel für die Massen...

Laurentiusfriedhof als Schießplatz

es für halbwüchsige Bengels treiben sich denn dort mit Pistolen herum?

Wie erst jetzt bekannt wird, wurden vor einigen Tagen gegen 18 1/2 Uhr auf dem Laurentiusfriedhof zehn Schüsse abgefeuert, die nach dem Schall zu...

ohne zu dieser Verwandlung eines Friedhofes zum Schießplatz Standpunkt der Pietät Stellung zu nehmen, erscheint...

Zum Millionenerbschaftsschwindel

Unregelmäßigkeiten im Büro des Rechtsanwalts Stiller

Die Justizpressestelle teilt mit: Die 6. Strafkammer hat durch Urteil vom 17. Oktober 1930 die für den Beschuldigten...

Sechs Zentner Kaffee gestohlen

und niemand hat es bemerkt.

Das einem Lagerkeller in der Hummerlei schafften Ein- in der Nacht zu Dienstag unbemerkt ungefähr sechs...

Im Freten erhängt

Am Dienstag vormittag wurde das dem Rosenthaler Bierplatz nächstgelegene Polizeirevier...

Die Polizei der Reichstagsfraktion

Sonntag, 20. Okt. spricht Generalmajor J. Jäger, M. d. R., über die letzten politischen Geschehnisse im Reichstagsgebäude...

Tragödien vor dem Jugendgericht

Schwere Straftaten, die nur aus Leichtsinne begangen werden und verhängnisvolle Folgen hatten

Der Raubüberfall in Morgenau

Der 50-Mark-Schein des Schiffers

Ein großer Andrang herrschte dieser Tage vor dem Schöffensaal, wo Jugendliche und Minderjährige abgeurteilt werden. Draußen im engen Korridor begrüßte man sich vor Eintritt in die Verhandlung mit dem Hitlergruß...

Eines der Mädchen lockte den nichts ahnenden Schiffer aus dem Lokal heraus in einen dunklen Gang. Raub hatte sie den jungen Mann bis hierher, schrie sie auf und auf Beratung kam nun der Freund des Mädchens...

Der Schiffer war so zugerichtet worden, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Als Kavaliere zeigten sich die angeklagten jungen Männer vor Gericht nicht, denn sie belasteten nicht unerheblich die beiden mitangeklagten Mädchen. Alle sieben Angeklagte bestritten, daß in der Brieftasche 50 Mark drin gewesen seien...

weder geteilt oder vertrunken haben. Keiner der Angeklagten wollte auch den Beraubten geschlagen oder getreten haben. Waren die Angeklagten etwas älter gewesen, so wäre ihnen für diesen gemeinen Überfall das Zuchthaus sicher gewesen...

Einem Kinde Pfeffer in die Augen gestreut

Unter der Anklage des versuchten Raubes und des Diebstahls in zwei Fällen hatte sich ebenfalls vor dem Jugendgericht ein neunzehnjähriger Arbeiter zu verantworten. Er hatte am 17. April dieses Jahres einem Zeitungshändler auf der Gartenstraße das Motorrad gestohlen und ist damit zwei Stunden umhergefahren...

Wucherer mit gewerblichen Räumen

Hausbesitzer dürfen kein Abstandsgehd bei Weitervermietung der Räume nehmen, sagt der Staatsanwalt

Mit einem typischen Fall von Mietswucher hatte sich das erweiterte Schöffengericht zu beschäftigen. Angeklagt war der Kaufmann Martin Zimmer. Er ist Eigentümer des Grundstücks Mauritsiusstraße, Ecke Ohlauufer. In diesem Hause betrieb der Gastwirt Drabe eine Schankwirtschaft...

Der Angeklagte stand auf dem Standpunkt, daß sein Mieter in dem Lokal sehr viel verdient habe und er gewissermaßen dann auch ein Anrecht auf die guten Einnahmen habe. Tatsächlich scheint Drabe recht gut verdient zu haben, denn es wurde im Laufe der Verhandlung behauptet, daß er innerhalb einiger Jahre nicht nur große Anschaffungen gemacht, sondern auch 30 000 Mark bei einer Bank eingezahlt habe...

Entwischener Gefangener

Auf dem Wege vom Krankenhaus über den Königsplatz geflüchtete Gestern mittags 12 Uhr ist der Untersuchungsgefingene Kurt Behle, der sich wegen Betruges in Haft befand, entwichen.

36 Säbner abgeschlachtet

nur die abgeschlachtenen Köpfe sieht man jetzt In der Nacht zum Dienstag ist von unbekanntem Täter ein verschlossener Stall im Grundstück Kofelstraße 36 erbrochen worden, aus dem die Eindrehler 36 weiße amerikanische Leghornhühner im Werte von 180 Mark herausholten...

Feuerwehre muß kommen

weil ein Knabe in die Wäpferrolle geriet. Gestern, gegen 15.20 Uhr, wurde die Feuerwehre zur Hilfeleistung nach Glogauer Straße 25 gerufen. Hier war ein Schulknabe in eine Wäpferrolle geraten, aber bereits vor Anbruch der Feuerwehre aus seiner Lage befreit worden...

Neue Straßennamen

Die neue Oberbrücke gehört mit zur Werderbrücke Der Polizeipräsident hat einer Anzahl neuer und alter, aber bisher unbenannter Straßen folgende Namen gegeben.

Die bisher unbenannte Straße zwischen dem ehemaligen Generalkommando und dem Stadttheater erhält den Namen „Opernstraße“. Die neuerbaute Brücke über die Nordbrücke erhält gleichfalls den Namen Werderbrücke, da sie ja lediglich als eine Verlängerung der alten Werderbrücke anzusehen ist.

Sexualberatung, Neue Tafelstraße 25, II

Sprechstunden jetzt Dienstag und Donnerstag 18 1/2 bis 20 1/2 Uhr. Es findet unentgeltliche ärztliche Beratung über alle Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens, Störungen des Geschlechtslebens, Schwangerschaftsverbütung usw. statt.

Preußenlose zur 1. Klasse

4, 5.-, 4, 10.-, 4, 20.-, 4, 40.- gibt noch ab: Staatl. Lott.-Einn. Fischer Breslau 1. Reuschesstr. 68. Postscheckkonto 15188

Aus der Provinz

Der Mord in Tschöplowitz

Neue Anhaltspunkte, aber keine Täter

Die Mordkommission verfolgt zurzeit eine Reihe von Spuren, die jedoch noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Bis jetzt ist es nicht möglich gewesen, festzustellen, ob der am Tatort gefundene Mehgerstahl vom Täter herrührt oder von dem Erben am Tatort zurückgelassen worden ist. Die letztere Annahme erscheint nach den bisherigen Feststellungen nicht unannehmlich. Sollte sie zutreffen, so könnte man hieraus den Schluss ziehen, daß Kullmeier den Mehgerstahl möglicherweise bereits in der Erwartung eines Anschlages oder Überfalls als Abwehrwaffe mit sich geführt hätte. Bemerkenswert ist die am Fahrrad des Opfers angehängte Laterne an ihrem vorderen Metallkranz eine Begeugung aufweist, die mit dem feilenartigen Mehgerstahl verknüpft worden sein kann. Da auch das Scheinwerferglas der Laterne zertrümmert worden ist, wird angenommen, daß der Täter zunächst bei dem Angriff die brennende Laterne zertrümmert hat, um sie dann unerkannt ausführen zu können. Bei einer nochmaligen Untersuchung des Geländes fand man in der Nähe der Stelle, an der der Täter stammenden Fußspuren in einem Abstand von etwa 500 Meter vom Tatort entfernt liegt. Es handelt sich um einen einfachen runden, mit Weißblech beschlagenen Taschenspiegel von 4 1/2 Zentimeter Durchmesser, der auf der Rückseite auf blauem Grunde mit weißen Buchstaben die Beschriftung trägt: Bazar Silesia Eugen J. Tischler, Schuhwaren — Herrenartikel, Hüte und Mützen — Strümpfe — Briege, Jollstraße 8/9. Aus dem Eigentum des Ermordeten dürfte der Spiegel nicht stammen, da in dessen Begleitung ein Zeuge ermittelt worden, der behauptet, in der Tatnacht Silberzeuge gehört zu haben. Es handelt sich um einen Besitzer aus Tschöplowitz, dessen Grundstück nur etwa 23 Meter vom Tatort entfernt liegt. Der Zeuge war gegen 23 Uhr noch mit dem Abblenden von Rüben beschäftigt und vernahm genau drei laute Schreie, machte auch keine besondere Bedeutung bei. Da, wie bereits wiederholt erwähnt, zwischen dem Opfer und dem Täter ein heftiger Kampf stattgefunden haben muß, besteht durchaus die Möglichkeit, daß auch der Täter erhebliche Verletzungen erlitten hat, die ihn gezwungen haben, ein Krankenhaus aufzusuchen oder ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Mordkommission legt Wert darauf, auch dienliche Mitteilungen aus diesen Kreisen zu erhalten.

Eine neue Spur von dem Brieger Raubmörder

Die Landeshauptstadt Polizei hat Kenntnis davon erhalten, daß am Sonntag bei einer Langjohrbarkeit in einem hiesigen Gasthof ein unbekannter Mann eine Herren-Taschenuhr gekauft oder verpfändet hat. Man nimmt an, daß die Uhr von dem Raubmörder in der Nacht zum Freitag an dem Ort der Mordtat in Tschöplowitz herrührt. Sollte sich diese Annahme bestätigen, so wäre es wahrscheinlich, daß sich der Raubmörder nach der tschechoslowakischen Grenze gewandt hat. Die Landeshauptstadt Polizei scharft jetzt mit Eifer nach dem unbekanntem Käufer der Taschenuhr, um Licht in die dunkle Angelegenheit zu bringen.

Schauerlicher Selbstmord eines jungen Mädchens

In den „Fahnbirten“ bei Glogau, zwischen Wettichau und Glogau bemerkte ein Glogauer Einwohner am Wege einen unbekannten und undefinierbaren Haufen, einem überhäuften Haufen. Er erkannte dieses etwas schließ als einen weiblichen Körper, dessen Kleidung brannte. Bei dem Versuch, die Flammen mit Sand zu erlösch, erhielt er einen heftigen Schlag. Schließlich stellte er fest, daß von der 1600-Volt-Leitung ein Draht herabhäng, der über die Leitung hinweg war. Der Strom wurde durch Benachrichtigung des elektrischen Amtes schnellstens ausgeschaltet, jedoch war die Leiche bereits tot. Die Kleider waren ihr auf dem Körper verbrannt, und vom linken Arm, der völlig verbrannt war, nur ein Stumpf übrig geblieben. Die Leiche ist die 21jährige Bauunternehmerstochter Liesbeth Leuthner aus Drogelewik. Nach einem hinterlassenen Brief hat sie Selbstmord aus Schwermut verübt, wahrscheinlich wegen einer bisher verheimlichten unglücklichen Liebe. Die Unschuldige hatte sich aus der väterlichen Werkstatt einen Draht genommen und diesen über die Hochspannung geworfen, in der Hoffnung sofort getötet zu werden.

Stadt Münsterberg kauft Privatwald

600 Morgen für 108 000 Mark

Am 21. Oktober hat die Vertretung der Stadt Münsterberg den Kaufvertrag mit der Graf Degenhans Verwaltung abgeschlossen, wonach der sogenannte Eichauer Wald, 600 Morgen groß, zum Preise von 108 000 Mark in den Besitz der Stadt übergeht. Der Wald zeigt durchschnittlich dreißig bis vierzigjährige Bestand. Bei den bereits 1927 begonnenen Untersuchungen wurden 186 000 Mark vom Verkäufer gefordert. 100 Morgen angrenzender Acker mußte für 900 Mark pro Morgen erworben werden. Mit diesem Kauf besitzt die Stadt jetzt 600 Morgen gut bewaldetes Waldgelände.

Sechs Großener in einer Nacht

Die Mädchen tragen Brandwunden davon — Nießger Schaden In Skadom bei Sorau ging die Strohhedde Scheune des Landwirts Schandek in Flammen auf. Zwei benachbarte Scheunen wurden gleichfalls eingeäschert. Fast gleichzeitig brannten in Siesow die Scheunen der benachbarten Besitzungen Schlow und Piska mit reichen Erntevorräten und vielen Maschinen nieder. Außerdem ging eine Stallung wie ein Wohn- und Wirtschaftsgebäude in Flammen auf. Die Landwirtin Wühlow trug bei den verheerenden Brandwunden davon. Der Landwirt und seine beiden Söhne trugen bei den Brandarbeiten ebenfalls Brandwunden davon.

Waisen. Waidenburg als Opfertaxe. In der Waidenburg in Thomastisch wurden die Opfer der von ihren Vätern gezeigten und bezahlt. Als Opfergaben aber verwendet man zwei Waidenburg, die in der Gegend überzogen.

Waidenburg. Wieder ein schwerer Unfall. Auf der Waidenburg ereignete sich dadurch ein schwerer Unfall, als selbe letzten Morgen zwei in voller Fahrt befindliche Transportzüge aufeinanderstießen. Der eine Lokomotivführer litt schwere Verletzungen und wurde in hiesigem Krankenhaus nach dem Krankenhause gebracht.

Waidenburg. Tödlicher Unfall. Der Waidenburg ist es jetzt mit seinem Motorrad auf der Waidenburg gegen die Scheune und erlitt einen schweren Schädelbruch, an dem er nach einigen Stunden daran starb. Der Unfall kam mit einem paar ausgefahrenen Jahren davon.

Waidenburg. Eine Frau als Brandstifter. Am Dienstag Morgen erlitt in dem Gasthaus von Kahlert in Brucke eine Dame einen Brandstifter. Die Frau des Gastwirts als Brandstifterin. Sie will aus Vergeltung, weil das Haus zur Verfeinerung kommen soll, gehandelt haben.

5

KURMARK ständig macedonisch
CIGARETTEN

In dem die Cigarette eben fertig fabriziert ist, wird sie sofort mit der Sorgfalt und Behutsamkeit behandelt, die sie bis zum Verlassen unserer Werke ständig umgibt. Stück für Stück gleitet jede wie eine Kostbarkeits in ihre eigene Schatulle und wird in sanfter Drehung auf das laufende Band gelegt. Kein Stossen oder Schleudern kann bei uns an dieser gefährlichen Übergangsstelle inneren Schaden zufügen der Kurmark-Cigarette, ständig macedonisch.

KUR MARK CIGARETTEN



Das Zrämmersfeld mit dem umgelegten Fördersturm

Suche nach Vermissten unter den Zrämmern

Die Totenziffer steigt und steigt!

Grauen von Alsdorf — Eiserne Pflichterfüllung der Sanitäter — Auf der Flucht zum Ende — Die Totenstatistik am Grubenmund — Pestschlamm von Wasser, Blut und Kohle — Kein Kind spielt — Grauensvolle Berichte

Nagel, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)
Fraue Wollensehen jagen über das Unglücksfeld von Alsdorf. Fast ununterbrochen rieselt Regen zur Erde. Kälter weht über die Stätte, an der nun schon seit mehr als 24 Stunden gespenstisch das Grauen haust. Das Grauen und der ewige Trauerzug bricht nicht ab. Unerbittlicher als eine Professorentafelprobe war diesmal das Schicksal als je das Leid. Gewaltiger als je der brutale Einbruch der verhängnisvollen Familienglück. Gigantischer als je die Zahl der Verletzten.

Die amtlichen Ziffern schwellen ins Unfassbar-Anarmeliche. Es gibt die Verteilung ein neues Communiqué der Trauer nach dem Ende — die Zahl der Toten des Alsdorfer Unfalls auf 231, von denen noch 61 unter Tage liegen. In den Gruben befinden sich etwa 96 Verletzte. Auch von diesen ist so schwer verletzt, daß sie kaum mit dem Leben davon zu dürfen.

Die vergangene Nacht war dem Augenzeugen grauenvoll. Wahre um Bahre angehängt, Schrei um Schrei gehört, um Leiche und Wunde um Wunde gesehen wurde — da man aus dem Unterbewußtsein die schrecklichsten der Bilder vor man vor 12 Jahren auf den Schlachtfeldern des Westens sah. Das Schlachtfeld von Alsdorf ist kleiner als das Schlachtfeld, das unermessbar in der Erinnerung lebt. Es ist nicht minder grauenvoll.

Unermüdet sind die Rettungsmannschaften und die Feuerleute am kaurigen Werk. Auch zahlreiche Arbeiter-Interessierten erfüllen mit genauester Sachkenntnis ihre Pflicht. Manchmal sind es förmlich nur Menschen, die sie da auf der Bahre und unter den hilflosen Armen. Man muß sich wundern, daß die Sanitätsmannschaften so mächtig zusammenstürzen. Seit 24 Stunden arbeiten sie schon ununterbrochen. Aber die Glode des Förderstahls das einzige, was hier heilgeblieben ist — tönt immer eine neue Last an, außer den zahlreichen Toten werden ja auch Verwundete nach oben befördert; ihnen muß erste Hilfe geschehen. Die Totenglode ist eine Mahnglode.

Erzitternd klingen die Berichte der Geretteten. Da erzählt Bergmann beispielsweise von seinen und seiner Kollegen Erfahrungen durch die verschiedenen Strecken — wie voll Gas und Qualm, scheinbar gab es überhaupt für eine Rettung mehr. Einige kaukelten, fielen, blieben erschöpft. Andere bejahten noch Kraft und arbeitsfähige genug, um zu irgendeinem abgelegenen Stollen zu klettern, durch Schließen der Fördertür vom Eindringen der Gase zu verhindern. Die Fortsetzung dieser Rettungsarbeiten auf zitternde Faust führte durch zu Bruch gelangene Stellen, an Leichen, an stöhnenden Verletzten vorbei. Und zwischen den Verletzten hörte man auch Hilferufe: „Rehmt mich mit! Rehmt mich doch mit!“

Nicht minder erschütternd die Erzählungen der Rettungsmannschaften. Da fand man in einem Bruch eine Schär Later lag, an einem kleinen Grubenwagen Lebenszeichen angehängt. Ungelenk, zitternde Finger über Zeitangaben niedergelegt. Statistik des Lebens? Nein, die Zeit fortgeschritten, desto kleiner wurde die parallel die Ziffer der noch Lebenden; unerbittlich griff sich der kalte Tod einen nach dem anderen heraus. Die Rettung, die kam, war keine Rettung mehr, denn als sie kam, entströmte auch nicht eines einzigen Kampfs Bruch. Man fand die Statistik und einen letzten Gruß.

Ein anderer Rettungsarbeiter erzählt, wie er von der 300 ins gebaute Reser Rieg und hier zur verbrannte verkümmerte Reichen sah. Aber der Geist manns ist im lebenden Reser ertönt gewesen, denn man hat nur nach verlassene Reichen umher. Wichtige Gebirgsarbeiten hätten die Reichen nicht erbracht. Wasser, Blut und Kohle — ein einziger großer Schlamm.

Und oben am Grubeneingang weichen nicht von der Stelle die Frauen und Kinder, die auf ihre bange Frage nach der Rettung des Mannes oder Vaters noch keine Antwort bekommen konnten. Zwar weiß man, daß sich die Totenziffer bald auf 300 belaufen wird — aber man weiß doch nur in seltenen Fällen die Namen, die sie umfaßt. Die Grubenverwaltung zögert mit der Herausgabe der Namen. Man kennt die Grube nicht, die diese Zurückhaltung veranlassen. Vielleicht will man unter allen Umständen Verwechslungen vermeiden. Aber das eine ist gewiß, daß die Gemeinde Alsdorf, die zu 80 Prozent aus Bergmannsbevölkerung besteht, im Morgengrauen des gestrigen Tages mit einem Schlag zum Totendorf geworden ist.

Auf dem Postamt herrscht ein Hochbetrieb, wie er hier wohl noch nie erlebt wurde. Journalisten lassen unendlich lange Pressegespräche durch die Leitung tönen und ebenso lange Telegramme in den Aether morfen — aber so bald jemand kommt, der offensichtlich ein Angehöriger eines Bergglücklichen oder gar Toten ist, läßt man ihn ehrsüchtig den Poststempel. Der Sterbetype immer wiederkehrende Telegrammform „Sofort kommen, Vater verlegt“, zwingt auch den dienstbestimmten Reporter zur stillen Demut.

Der schwarze Tod von Alsdorf

Das Rätsel der Katastrophensuche — Was für Dynamit wurde verwandt? — Stein- und Kohlenfall schlimmer als Schlagwetter — Vor der Sicherheit der Profit! — Die Statistik erzählt: täglich 196 Opfer!

Die Ursache der Alsdorfer Grubenkatastrophe ist bisher noch nicht einwandfrei festgestellt worden. Ob sie überhaupt jemals einwandfrei festgestellt werden kann, ist mehr als fraglich, denn die Leute, die sich an dem Unglücksherd selbst befanden, haben ihr Leben eingebüßt. Ohne Zweifel explodierte im Verlauf der Katastrophe Dynamit, aber ob die Dynamitexplosion die eigentliche Ursache des Unglücks überhaupt war, ist noch nicht geklärt. Man muß in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß Dynamitladungen im allgemeinen nur dann zur Explosion gebracht werden können, wenn größere Mengen über ihre Explosionstemperatur hinaus erhitzt werden. Ob in der Unglücksgrube speziell das von der Industrie erzeugte Schlagwetterföhre und kohlenstaubföhre Dynamit verwandt wurde, ist nicht bekannt. Nur wenn das nicht der Fall gewesen sein sollte, könnte eine vorhergegangene Schlagwetter- oder Kohlenstaubexplosion der unmittelbare Anlaß zu dem folgenschweren Unfällen der im Dynamit enthaltenen Kräfte gewesen sein. Möglich ist es natürlich, daß ein solcher im Bergwerksbetrieb begründeter Vorang die Temperatur des Dynamitlagers erhöht und so zur Entzündung führte.

Das weithin flammende Rauchzeichen des Alsdorfer Unglücks zwingt darauf hinzuweisen, daß auch jenseits so fürchterlicher Massenkatastrophen, täglich Opfer im Bergbau fallen und daß ihre Summe weit größer ist, als die Öffentlichkeit im allgemeinen weiß. Nach einer Statistik sollen allein im westfälischen Kohlenrevier täglich vier Todesopfer von Untertagearbeitenden zu verzeichnen sein, während etwa täglich 17 Bergarbeiter schwer und 175 leicht verletzt werden. Da die Unglücksfälle sich über das ganze Revier verteilen, entgehen sie der allgemeinen Aufmerksamkeit.

Im allgemeinen sind die Gefahren, die dem Bergmann von Kohlenstaub- und Schlagwetterexplosionen drohen, an der Gesamtzahl der Unglücksfälle gemessen, gering. Nach der vom Amtlichen Preussischen Presseamt herausgegebenen Unfallstatistik waren die einzelnen Unfallarten, gemessen an den tödlichen Unfällen unter Tage, im gesamten Bergbau im 4. Vierteljahr folgendermaßen beteiligt: Stein- und Kohlenfall 42,6 Proz.; Unfälle in Schächten und einfallenden Strecken 26,5 Proz.; in folgenden Strecken und im Abba 16,9 Proz.; durch Sprengstoffe 2,8 Proz.; durch Gase und Kohlenstaub 2 Proz.

Diese Statistik zeigt, daß die härteste Gefahrenquelle im Bergbau der Stein- und Kohlenfall ist. Das ist auch ganz erklärlich, wenn man bedenkt, daß die Leistung der Bergarbeiter, d. h. der Steins, der Steinböden, der Erde oder Gase kann die Sprengarbeit eine der hauptsächlichsten Tätigkeiten des Bergmanns ist. Fehlschlägen, also Schläge, die zu früh oder zu spät kommen, unweiln lieber auch unvorsichtiger Behandlung der Sprengstoffe, können der Bergmann unmittelbar. Das kommt, das unglückseligsten erprobten Ladungen von Sprengstoffen, die von Bergarbeitern im Gefolge haben können. Es gibt natürlich eine ganze Menge von Sicherheitsvorkehrungen, deren Beachtung unbedingt notwendig ist. Wie wenig sie in der Tat beachtet werden können, zeigen die Bergarbeiterunfälle zu bezeugen. Der Grubenbesitzer „Safety first“, wenn die Sicherheit nicht immer wieder hinter dem Grundgedanken alles kapitalistischen Strebens: „Safety first“ steht.

Die Zahl der Kranken- und Leichenwagen reicht nicht aus, um die große Zahl der Toten zu bergen. Wie jüngst bei der Katastrophe des Luftschiffes „R 101“ in Beauvais müssen die Bahnen auf offene Bauernwagen gestellt werden. Langsam holpern die primitiven Trauergefährte dem Dorfe zu. Sie und da dringt aus den Häusern Weinen. Die Gesichter, die in den Fenstern sichtbar werden, tragen oft sichtbare Zeichen des Schmerzes. Die Hauptstraße des Dorfes ist sehr belebt, aber das Leben, das sich hier emsig regt, ist doch nur eins der Trauer. Kein Kind spielt auf der Straße. Kein Leierkastenmann läßt, wie sonst in diesen Dörfern, seinen Rasten hören. Kein Lächeln zu sehen. Schauerlich klingt von Zeit zu Zeit der Totengruß „Lebt ihr noch?“ über die Straße.

Im Dorfwirtshaus sitzt ein Journalist, dem es möglich war, mit Sanitätern in die Unglücksgrube einzufahren. Alle lauschen angepannt. Er erzählt, wie ihn beim Vordringen in dem 360 Meter tiefen Stollen Rasse und süßlicher Geruch bedrängt hatten. Die Sanitäter, die uns begegneten, sahen genau so schwarz und erschöpft aus wie die Begleiter. Einer hob eine Decke von einer Bahre. Er sagte „Den kenne ich, er war erst ein halbes Jahr hier“. In der Schale 460 hatten Sanitäter und Arbeiter mit gelben Gesichtern. Keiner von ihnen sprach ein Wort. Wenige Weier: entfernt lagen drei, vier Tote nebeneinander. Sie hätten entfliehen wollen, aber gierig umklammerte sie das Gift. Und es wurde immer nasser, und es wurde immer enger und immer fürchterlicher: am Gelände lagen die Leichen, an den Bühnen, beim Haus, siebenfach, achtfach übereinander gekümmert, erstickt. Die süßliche Luft reizte zum Erbrechen — ich erlebe die Hölle.“

Aber alle diese Gefahren wie Stein- und Kohlenfall, Unfälle durch Sprengstoffe usw. wirken im allgemeinen nicht so unheimlich wie die Gefahren, die durch Grubengase herbeigeführt werden können. Die Grubengase sind der unmittelbare Anlaß für die sogenannten „Schlagwetterkatastrophen“. Es handelt sich hierbei um Kohlenwasserstoffgas, das sich mit der Luft mischt und nun durch irgendwelche Zufälligkeiten, wie z. B. das Versagen der sogenannten Sicherheitslampe, das Anzünden eines Streichholzes zur Entzündung kommen kann. Die Sicherheitslampe löst durch die Farbe ihrer Flamme sofort erkennen, ob geringe Mengen Grubengas im Stollen vorhanden sind. In solchen Fällen soll die Arbeit an den betreffenden Stellen sofort eingestellt werden. Im Gegensatz zur Sicherheitslampe löst die elektrische Grubenlampe das Vorhandensein von Grubengas zwar nicht erkennen. Sie selbst aber kann auch ihrerseits nicht zur Entzündung des Gases beitragen. Im allgemeinen wird das Grubengas durch die sogenannte „Gasmutter“, das heißt durch ausreichende Belüftung mit frischer Luft, im Bergwerk bekämpft.

Ebenso unheimlich wie das Grubengas wirkt auch der Kohlenstaub. Die zahllosen Kohlenstaubatome, die infolge der Arbeit unter Tage die Luft erfüllen, sind leicht entzündlich und können so Anlaß zu den gefürchteten Kohlenstaubexplosionen geben. Man versucht dieser Gefahr durch Vernebelung mit Wasser sowie durch Vermeidung von Gesteinsstaub zu begegnen. Auffallend ist, daß in der oben angeführten Statistik aus dem Preussischen Bergbau die durch Wasser austretenden Gefahren keine Berücksichtigung mehr gefunden haben. Nun kommt leider die Meldung, daß auf der Unglücksgrube Anna II das Pumpwerk durch die Explosion zerstört wurde und daß nun aus einer vor kurzem stillgelegten Grube Wassermengen in das Unglücksbergwerk eindringen. Da von 260 Meter an unter Tage alles verschüttet ist und auf einer tiefer gelegenen Sohle noch zahlreiche Bergleute auf Errettung aus naher Todesgefahr hoffen, ist dieser Wassereintruch eine besonders tragische Erscheinung in diesem Zusammenreffen unheilvoller Kräfte.

Wieder ein Rechtsanwalt gestürzt

Über 100 000 Mark unterschlagen
Großen Unterschlagungen von Amtsgeldern ist man bei dem Rechtsanwalt und Notar Dr. Walter Birk in Schwertia in Mecklenburg auf die Spur gekommen. Birk hat sich seiner Festnahme durch die Flucht entzogen. Man rechnet damit, daß sich der Flüchtling in Berlin verborgen hält. Zurzeit unterliegt man die Bücher und Belege des Rechtsanwaltes einer Prüfung und hat dabei Unterschlagungen von über 100 000 Mark festgestellt.

Brandstiftung auf einem deutschen Dampfer

Nach einer Meldung des „Matin“ aus Le Havre ist der französische Dampfer „Général Lyautey“ mit der Flagge auf dem Mast in Bécancourt eingelaufen. Ein Mann an Bord war gestorben. John andere liegen krank. Einzelheiten fehlen noch. Das Schiff wurde in Quarantäne gelegt.

Wie wirkt die Arbeitszeitverkürzung?

Eine Untersuchung des Konjunkturforschungsinstituts

Das Institut für Konjunkturforschung (IK) beschäftigt sich mit den möglichen Auswirkungen des von den freien Gewerkschaften aufgestellten Planes, die Arbeitszeit zu verkürzen, um auf diese Weise Einstellungen von Arbeitslosen vorzunehmen. Das Institut geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die Gesamtzahl der Industriearbeiter in Deutschland rund 10,5 Millionen beträgt, wovon 2,8 Millionen arbeitslos sind und 1,8 Millionen verkürzt arbeiten. Es ist äußerst interessant, daß die Zahl der Kurzarbeiter gegenwärtig nicht unbedeutend geringer ist als die Zahl der Vollarbeitslosen. In der letzten Krise, im Krisenjahr 1932, waren mehr Kurzarbeiter als Vollarbeitslose vorhanden. Diese Erscheinung läßt sich ohne Zweifel nur darauf zurückführen, daß in der gegenwärtigen Krise die Betriebe härter „ausgefammt“ worden sind als früher.

Von den 6,4 Millionen Vollbeschäftigten arbeiten nach Schätzung des IK knapp 6 Millionen 48 Stunden und mehr in der Woche. Diejenigen Arbeiter, die gegenwärtig mehr als 44 Stunden in der Woche arbeiten, leisten 390 Millionen Arbeitsstunden pro Woche. Bei einer allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden würden rund 7,5 Millionen Arbeiter erforderlich sein, um das gleiche Arbeitsquantum zu verrichten. Es ergäbe sich, natürlich rein rechnerisch, eine mögliche Mehrbeschäftigung für etwa 700 000 Arbeiter. Derselbe Rechenweg würde bei einer Verringerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden dazu führen, daß 8,6 Millionen Arbeiter beschäftigt werden könnten. In diesem Falle wäre es also, wieder rein rechnerisch, möglich, Mehrbeschäftigung für 1,5 Millionen Arbeitskräfte zu schaffen. Nach Berechnungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes könnten durch die gezielte Durchführung der 40stündigen Arbeitswoche rund 1 Million Arbeiter mehr beschäftigt werden, wenn man dringliche Ausnahmefälle berücksichtigt, aber nur 500 000. Die Differenz zwischen der Berechnung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Instituts für Konjunkturforschung will nichts betonen. Es handelt sich hier nämlich um die Ergebnisse einer rein mechanischen Betrachtung. Sie zeigen aber, daß der Arbeitsmarkt durch die 40stündige Arbeitswoche in härtester Weise entlastet werden kann und zwar um eine Zahl, die unserer Auffassung nach immerhin zwischen 500 000 und 700 000 und in der Praxis wahrscheinlich eher über 700 000 als unter 500 000 liegen dürfte.

Das IK führt nun die Bedenken gegen eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung an und verweist darauf, daß die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Bezirken verschieden sei, wodurch unter Umständen Umfiedlungen notwendig würden. Bedenkliche Bedenken äußert das Institut auch hinsichtlich der einzelnen Branchen. Es geht — die Ansichten sind hier leider nur sehr minimal — gut bedenkliche Branchen, die in die Lage kämen, die Arbeitszeit ihrer Facharbeiter zu verkürzen und ungelernete Arbeiter oder Facharbeiter anderer Branchen einzustellen. Man kann über diese Bedenken zur Tagesordnung übergehen; einmal deswegen, weil die Voraussetzungen des Instituts kaum zutreffen und des anderen, weil es sich hier um überwindbare Schwierigkeiten handelt. Dasselbe gilt auch hinsichtlich eines anderen Hinweises des Konjunkturforschungsinstituts, daß sich bei einer verkürzten Arbeitszeit das Verhältnis von Anwesenheit und der gegenwärtig gearbeiteten Arbeitszeit ungünstig verändern würde. Andererseits gibt das IK zu, daß als Folge verkürzter Arbeitszeit bei Alltagsarbeit möglicherweise sogar eine Leistungssteigerung eintreten würde.

Schwerwiegend sind die Bedenken hinsichtlich der Wirkung einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung auf Einkommen und Verbrauch. Das Institut schätzt, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden in der Woche bei gleichem Lohnsatz das Einkommen von etwa 6,8 Millionen Arbeitern sich um durchschnittlich 6 bis 7 Prozent vermindern. Bei einer Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden würde sich bei den gleichen Lohnsatzverhältnissen für 7,1 Millionen Arbeiter das Einkommen um 15 bis 20 Prozent vermindern. Hier muß bemerkt werden, daß dieser Einkommensrückgang nicht unbedingt einzutreten braucht. Durch die Verkürzung von 500 000 bis 700 000 Arbeitslosen in den Produktionsprozess würden ganz erhebliche Konsumgütermittel beim Reich und den Gemeinden frei, die zu einem Lohnausgleich verwendet werden könnten und müßten. Das am Anfang veröffentlichte Programm des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat ja bereits darauf hingewiesen und entsprechende Forderungen ausgesprochen. Die besprochene Einkommensverminderung ist überhaupt eine Sache des Preisabbaus. Wenn sich wirklich ein erheblicher Preisabbau — es zeigt sich immer mehr, daß die Preisfrage der jüngsten Phase in anderer Hinsichtsentwicklung ist — erreichen läßt, dann sollten sich die Folgen einer Einkommensverminderung bzw. die Abnahme der Lohnausgleichsmaßnahmen aus. Wenn wir aber an, daß die von IK geschätzte Einkommensverminderung von 7 bis 8 Prozent bzw. 15 bis 20 Prozent als Folge der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung eintritt, dann ergibt sich die andere Wirkung einer Verkürzung des Einkommens bei immerhin 500 000 bis 700 000 Arbeitern aus den Sägen der Arbeitslosenversicherung bzw. der Rentenversicherung auf den normalen Lohnsatz. Für die ganze Wirtschaft bedeutet, handelt es sich um keinen Einkommensanstieg, sondern nur um eine Verlagerung, um eine Umkehrung der Konsumtion. Die Lohnausgabe würde, wenn es sich bei der Preisabbaus anschließt und ein Lohnausgleich nicht erreicht werden kann, ungenügend gleichbleibend. Aber auch schon eine solche Umverteilung würde bestimmte Auswirkungen auf die Wirtschaft haben.

Das IK nimmt an, daß sich die wieder in den Arbeitsprozess eingerichteten 500 000 bis 700 000 Mann erst nach wieder richtig arbeiten würden. Das hätte einen gewissen Verbrauch an Konsumgütern, der allem an hochwertigen Konsumgütern zur Folge. Nach dem IK ergeben sich für die Konsumgüterindustrie günstigeren Bedingungen als für die Industrie, die den Lohnausgleich einbringen sollen (s. h. den Sachverhalt in Richtung, S. 108 ff.) betriebligen. Eine Verkürzung der Lohnausgabemittel könnte aus sehr vielen, hauptsächlich nach dem der Verkürzung einzelner Industriesektoren eine Verkürzung der ganzen Wirtschaft ausgehen. Das ist ja überhaupt der Sinn der ganzen Verkürzung, das wollen ja auch die Gewerkschaften mit ihrer Verkürzung einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung erreichen. Die Verkürzung des einzelnen Lohnsatzes wird unter Umständen nach nicht so bedeutend sein, wie man sich bei dem Konjunkturforschungsinstitut erlauben darf. Wir schätzen, daß der

Bedarf der Arbeitslosen an Schuhen und Kleidung so groß ist, daß bei einer Neueinstellung dringliche Käufe vorgenommen werden. Die Befürchtungen, daß ungünstige Auswirkungen auf die Textil- oder Schuhwarenindustrie eintreten, sind also kaum berechtigt. — Bei diesen Untersuchungen ist immer das Wesentliche im Auge zu halten: die Arbeitslosen in den Produktionsprozess einzureihen, dadurch neue Käufer zu schaffen und so zu der Ankerbelagerung der Wirtschaft beizutragen. Je schneller die Ankerbelagerung erreicht werden kann, desto geringer werden die Opfer sein, die haben und drücken, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu tragen haben.

Steigerung der Leistungen — aber keine Lohnerhöhung im Ruhrbergbau

Die Gesteinskosten des Ruhrbergbaus sollen nach der Darstellung der Grubenherren die Wiedereinführung der Sieben-Stunden-Schicht verhindern. Wie es mit diesen Gesteinskosten in Wirklichkeit steht, dafür gibt der letzte Geschäftsabschluss des Rheinisch-Westfälischen Bergbau-Konzerns interessante Aufschlüsse. Dieser Abschluß bildet ein sehr instruktives Beispiel für die Senkung des Lohnkostenanteils. Im vorletzten Geschäftsjahr betrugen bei diesem Werk die Lohnkosten 22,6 Millionen gegenüber einem Umsatz von 97,5 Millionen. Die Lohnkosten machten also 23 Prozent des Umsatzes aus. Im letzten Geschäftsjahr blieben die Lohnkosten bei einem auf 103 Millionen Mark erhöhten Umsatz unverändert, so daß der Lohnkostenanteil auf 31 Prozent des Umsatzes sank, woraus sich eine Verbesserung der Selbstkosten um rund 6 Prozent ergibt. Dieses Ergebnis ist ausschließlich durch die Mehrleistungen der Arbeiterschaft erzielt worden, die mit einer Belegschaftszahl von 19 880 Mann im Jahre 1927/28 = 5,4 Millionen Tonnen Kohle förderte und 1,4 Millionen Tonnen Koks produzierte, während die im letzten Jahre auf

17 740 Mann zusammenschmolzene Belegschaft 5,47 Millionen Tonnen Kohle gutachte förderte und 1,76 Millionen Tonnen Koks herstellte. Diese Entwicklung bei den Bergbaukonzernen beweist eindeutig, daß die Steigerung der Leistungen ein Tempo hat, mit dem die Lohnerhöhungen nicht annähernd halten können. Es kann daher weder von einer Lohnherabsetzung die Rede sein noch auch davon, daß die Selbstkosten durch Verkürzung der Arbeitszeit untragbar würden.

Rein Buchdruckerstreik in Dö...

Neues Tarifabkommen auf drei Jahre
Amsterdam, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht) Die Vertreter der fünf niederländischen Buchdrucker- und der Arbeitgeberverbände des Buchdruckgewerbes haben in Rotterdam ein Tarifabkommen auf drei Jahre abgeschlossen. Das Abkommen tritt am 17. November 1932 in Kraft. Die Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Cent eintreten zu lassen, die am 17. November 1932 soll eine weitere Erhöhung der Löhne um 1 Prozent erfolgen. Durch diese Vereinbarung wird der Streik, der die Buchdruckerstreik vermieden.

Lohnabbau durch Schiedsgericht in der Textilindustrie Berlins und Bielefelds

In der Herrenwäschereindustrie ist für Berlin und Bielefeld ein Schiedsgericht gefaßt worden. Die Verhandlungen über den Lohnabbau sind im Accord-Bereich um 4,5 Prozent und der Zeitlohn um 3,5 Prozent mäßig. Die Löhne der Lehrlinge und ebenso die ungelerneten Hilfskräfte bleiben, abgesehen von den Abrechnungen am laufenden Band in Bielefeld, bestehen. Die Verhandlungen bleiben unverändert, soweit nicht zwischen den Parteien für einzelne Punkte besondere Abmachungen getroffen. Die Neuregelung soll bis zum 31. März des nächsten Jahres. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 29. Oktober. Als ein neuer Lohnabbauschiedsgericht der Arbeiterschaft wird ihm bestimmt ablehnen.

Bei den Verhandlungen über den Lohnabbau der Schiffahrt ist unter beiderseitigem Einverständnis eine Einigung erzielt worden, die die Verhandlungen weiterführt.

Stauß und Hitler

Wirtschaftsprogramm und politische Praxis der Nationalsozialisten

von Kurt Steinig

... ein selbstbewußter nationaler Staat kann nicht eine Nebenregierung von Deutschen sein ...

Gottfried Feder, M. d. R., im „Nationalsozialist“ 11. 10. 30 zum nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm.

Einer der Direktoren der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft, Herr v. Stauß, neues Reichstagsmitglied der Deutschen Volkspartei, hat am vorigen Sonntag für Hitler und andere nationalsozialistische Logenbrüder ein Frühstück gegeben. Dort wurde der Plan besprochen, wie man die Sozialdemokraten aus dem Reichstagspräsidium fernhalten und den Volksparteiler Scholz zum Reichstagspräsidenten machen könne.

Wer ist eigentlich Herr v. Stauß, dieser Großfinanzier mit dem nationalsozialistischen Bedürfnissen?

Dr. Emil Georg v. Stauß ist jetzt 53 Jahre alt. Als Sohn eines Lehrers trat er mit 21 Jahren bei der Deutschen Bank in Berlin ein. Später wurde er der junge Mann des Herrn v. Siemens und danach des Herrn v. Swirmer. Seine ersten großen Geschäfte machte Stauß mit dem Petroleum. Die Petroleum-Transaktionen der Deutschen Bank waren in der Vorkriegszeit nicht nur wegen ihrer Größigkeit berühmt, sondern auch wegen ihrer amerikanischen Niedrigpreispolitik berühmt. Als Reichstagsmitglied im Jahre 1915 aus der Deutschen Bank ausschied, um in den Reichstag überzutreten, wurde Dr. v. Stauß im Direktorium der Deutschen Bank sein Nachfolger. Neben dem Auslandsgeschäft begann er sich immer mehr in der deutschen Industrie zu betätigen. Dabei hat er sich häufiger als ein Mann gezeigt, der kein Bedauern für die wirtschaftliche Entwicklung und falsches Urteil über die Realitäten des Lebens hat. Die große Pleite der Hfg. die dem v. Stauß nach dem Verkauf von Hagenberg folgte, ist im wesentlichen unter der Leitung von Stauß verursacht worden. Die Kosten seiner wirtschaftlichen Unfähigkeit in Höhe von vielen Millionen trug die Deutsche Bank.

Der persönliche Adel hat Stauß jetzt von Bayern erhalten, er bekam später noch unter Wilhelm II. den erblichen Adel von Preußen.

Heute gehört v. Stauß zu den realistischen Großfinanziers, die sich einbilden, etwas von Politik zu verstehen. In der Direktion der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft sitzt er neben Oskar Reisermann, dem bekannten Sozialkomplex des Ledeburms und finanziellen Förderers der Freiwirtschaft.

Die Nationalsozialisten, die erst in diesen Tagen wieder einmal ihr Wirtschaftsprogramm zu erläutern bemüht waren, haben dabei crucial erklärt, daß sie die Banken verstaatlichen wollen, da ein selbstbewußter nationaler Staat nicht eine Nebenregierung von Bankiers haben kann. Die längerlichen Parteien, so erklärte er dabei, können während in wichtiger Verbindung mit jener Finanzwirtschaft, Konsumgüter und mit geringfügigen Ängsten nicht die Hände der Hände. Des nationalsozialistischen Programms über die Arbeit. In Orientierung zählen wir nachfolgend nach die Hauptthesenpunkte des neuen nationalsozialistischen Programms der Nationalsozialisten auf.

Herr v. Stauß ist Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bayerischen Holz-Industrie-A.G., Regensburg, Bayerische Metallwaren-Industrie-A.G., München, Bergmann-Gesellschaft, A.G., Berlin, Deutscher Bergbau, A.G., Berlin-Stuttgart, Deutsche Post-Bank, A.G., Berlin.

Deutscher Aero-Club, A.G., Berlin, Rütgerswerke A.G., Berlin, Tempelhofer Feld-A.G. für Grundstücksverwertung, Tempelhof.

stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutsche Continental Gas-Gesellschaft, Dessau, Interessengemeinschaft Ostwerke - Schultheiß - Pape, G. m. b. H., Berlin.

Rhein-Main-Donau A.G., München, Siemens-Plantameter, Akt.-Ges. für Kohlefabrikate, Siemens-Film-Attiengesellschaft, Berlin; Mitglied des Aufsichtsrates der Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank A.G., Stuttgart.

Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-A.G., Baumwollspinnerei am Stadtbach, Augsburg, Bayerische Braunkohlen-Industrie-A.G., Schwandorf, Berlinische Boden-Gesellschaft, Berlin, Deutsche Petroleum-A.G., Berlin, Bayerische Glaswerke, A.G., Berlin-München, Deutsche Arbeit-Zement-Attiengesellschaft, Berlin, Fernschreiber Attiengesellschaft, Berlin, Gesellschaft Urania, Berlin, Gebrüder Jungmans A.G., Schramberg, Carl Lindström A.G., Berlin, Maschinenfabrik Esslingen, Esslingen, Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei Augsburg, Augsburg.

Mittropa, Mitteleuropäische Schlafwagen- und Speisewagen-Fabrik, A.G., Berlin, Neckar-Attiengesellschaft, Stuttgart, Norddeutsche Hefe-Industrie-Attiengesellschaft, Berlin, Ostram, G. m. b. H., Kommanditgesellschaft, Berlin, Ostwerke A.G., Berlin.

A. D. Kiesel - E. v. Haen - A.G., Berlin-Gröden, Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik, Düffel, Schultheiß-Pagenhofer Brauerei A.G., Berlin, Siemens & Halske A.G., Berlin, Württembergische Cellulosemanufaktur, Heidenheim a. B.

Vorsitzender des Verwaltungsrates der Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft, Konstantinopel; Mitglied des Zentralausschusses der Bank für Orientalische Eisenbahnen, Zürich, Hauptbank für Tirol und Vorarlberg, Innsbruck, Mitglied des Grubenvorstandes der Gewerkschaft Weiskalen, Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank, Berlin.

Der Ordnung halber sei außerdem noch registriert: v. Stauß ist Mitglied des Aufsichtsrates der Reichsbank, Berlin, Mitglied des Aufsichtsrates der Reichsbank, Berlin, Mitglied des Aufsichtsrates der Reichsbank, Berlin, Mitglied des Aufsichtsrates der Reichsbank, Berlin.

Man sieht, wozu der Verkauf der nationalsozialistischen Aktien für die Reichsbank notwendig ist. Sie sollen „Industriekapital“ und „Waffen-Industriekapital“ beschaffen, um die nationalsozialistische Industrie, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen.

Man sieht, wozu der Verkauf der nationalsozialistischen Aktien für die Reichsbank notwendig ist. Sie sollen „Industriekapital“ und „Waffen-Industriekapital“ beschaffen, um die nationalsozialistische Industrie, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen.

Man sieht, wozu der Verkauf der nationalsozialistischen Aktien für die Reichsbank notwendig ist. Sie sollen „Industriekapital“ und „Waffen-Industriekapital“ beschaffen, um die nationalsozialistische Industrie, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen.

Man sieht, wozu der Verkauf der nationalsozialistischen Aktien für die Reichsbank notwendig ist. Sie sollen „Industriekapital“ und „Waffen-Industriekapital“ beschaffen, um die nationalsozialistische Industrie, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen.

Man sieht, wozu der Verkauf der nationalsozialistischen Aktien für die Reichsbank notwendig ist. Sie sollen „Industriekapital“ und „Waffen-Industriekapital“ beschaffen, um die nationalsozialistische Industrie, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen.

Man sieht, wozu der Verkauf der nationalsozialistischen Aktien für die Reichsbank notwendig ist. Sie sollen „Industriekapital“ und „Waffen-Industriekapital“ beschaffen, um die nationalsozialistische Industrie, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen.

Man sieht, wozu der Verkauf der nationalsozialistischen Aktien für die Reichsbank notwendig ist. Sie sollen „Industriekapital“ und „Waffen-Industriekapital“ beschaffen, um die nationalsozialistische Industrie, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen.

Man sieht, wozu der Verkauf der nationalsozialistischen Aktien für die Reichsbank notwendig ist. Sie sollen „Industriekapital“ und „Waffen-Industriekapital“ beschaffen, um die nationalsozialistische Industrie, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen.

Man sieht, wozu der Verkauf der nationalsozialistischen Aktien für die Reichsbank notwendig ist. Sie sollen „Industriekapital“ und „Waffen-Industriekapital“ beschaffen, um die nationalsozialistische Industrie, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen.

Man sieht, wozu der Verkauf der nationalsozialistischen Aktien für die Reichsbank notwendig ist. Sie sollen „Industriekapital“ und „Waffen-Industriekapital“ beschaffen, um die nationalsozialistische Industrie, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen.

Man sieht, wozu der Verkauf der nationalsozialistischen Aktien für die Reichsbank notwendig ist. Sie sollen „Industriekapital“ und „Waffen-Industriekapital“ beschaffen, um die nationalsozialistische Industrie, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen.

Man sieht, wozu der Verkauf der nationalsozialistischen Aktien für die Reichsbank notwendig ist. Sie sollen „Industriekapital“ und „Waffen-Industriekapital“ beschaffen, um die nationalsozialistische Industrie, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen.

Man sieht, wozu der Verkauf der nationalsozialistischen Aktien für die Reichsbank notwendig ist. Sie sollen „Industriekapital“ und „Waffen-Industriekapital“ beschaffen, um die nationalsozialistische Industrie, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen.

Man sieht, wozu der Verkauf der nationalsozialistischen Aktien für die Reichsbank notwendig ist. Sie sollen „Industriekapital“ und „Waffen-Industriekapital“ beschaffen, um die nationalsozialistische Industrie, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen.

Man sieht, wozu der Verkauf der nationalsozialistischen Aktien für die Reichsbank notwendig ist. Sie sollen „Industriekapital“ und „Waffen-Industriekapital“ beschaffen, um die nationalsozialistische Industrie, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen, die den Reichsbank die Mittel zur Verfügung stellen.

Als erste Hilfe sei zur Hand stets Traumaplast, der beste Wundverband. Zu haben in Apoth. u. Droger. Pack. von 20, 25 u. 30 Pfg. an.